

11) 1286

Krisen und Bildung

Zur Lage der Hochschulen in Chile



WUS

DE REPENTE

Qué les pasa a las calles traga-
gentes

de repente?

Calles antropófagas se han vuelto
de repente

estas vulgares, rectas calles
afeitadas cada hora
con la crema azul del smog de
cada día.

De repente

son calles espadachines de la
muerte,
largos caminos directos a las
celda;

nadie sabe si sabe su destino.

De repente

solo la calle sabe
cuantos policías disfrazados
acechan al que sale de su casa.

De repente

se han vuelto cómplices del
crimen.

De repente

se han hecho espías y asesinas.

De repente

se comen a la gente con zapatos,
con portadocumentos,
con la fotografía de la novia;
todo desaparece en la garganta
de este nuevo verdugo.

De repente

estas mismas calles que pasean
a mamás con bebés,
a dulces
mujeres embarazadas,
están tejiendo redes traicioneras
y apostando un agente en cada
esquina.

De repente

estas calles urbanas,
cotidianas,
se ponen a auillar
y de la niebla
surgen las gargantas de los
lobos.

De repente

un certero golpe solapo
y se tragan al muchacho,
a la muchacha,
por 15 días,
por un mes,
por siempre.

Teresa de Jesús
(Mitte der 70er Jahre
geschrieben)

IM HANDUMDREHEN

was geschah
so plötzlich

mit diesen menschen-
verschlingenden straßen?
diese schnurgeraden,
eintönigen stündlich mit
dem bläulichen zuckerguß des
alltäglichen smog überzogenen
straßen verwandelten sich
im handumdrehen
in menschenfresser-routen.
von jetzt auf nachher
mitstreiterinnen des todes,
lange endlose gänge, die auf
direktem wege in
gefängniszellen führen,
niemand weiß, ob er seine zukunft
kennt.

Im nu

weiß nur noch die straße wie
viele verummte polizei-
kommandos auf jeden lauern,
der seine wohnung verläßt.

In sekundenschnelle

verwandeln sich die straßen in
komplizen des terrors, in
spitzel und gedungene mörder.
überfallartig
verschlingen sie passanten mit
schuhen, ausweis und einem
photo der liebsten.
alles verschwindet im rachen
des neuen henkers.

In atemberaubender schnelle

stricken die gleichen straßen
netze aus denunzianten
und postieren einen agenten an
jeder ecke,
die eben noch mütter mit
kleinen kindern und frauen
voller hoffnung
spazierenführten.

Im handumdrehen

beginnen diese alltäglichen
vertrauten straßen der stadt
zu heulen
und aus dem dunst tauchen
wolfsrachen auf.

plötzlich

ein gezielter schlag aus dem
hinterhalt
und sie verschlingen
den jungen,
das mädchen,
für zwei wochen,
für einen monat,
für immer.

(Übersetzung Matthias Güldner)

ZITATE

Präsident Pinochet drückt die
Haltung der Streitkräfte gegen-
über einem Meinungspluralismus an
den Hochschulen so aus: "Offen
und kategorisch muß ich erklären,
daß dies (freie Meinungsäußerung
und ideologischer Pluralismus)
grundsätzlich nicht nur mit der
aktuellen Ausnahmesituation, in
der sich das Land befindet,
unvereinbar ist, sondern auch mit
dem Wesen des Regimes vom 11.
September 1973. Denn mit dem
Beginn der Herrschaft dieses
Regimes muß der uneingeschränkte
und absolute ideologische Plura-
lismus als definitiv abgeschafft
angesehen werden."

(Pinochet zur Eröffnung des
akademischen Jahres der katholi-
schen Universität von Valparaiso
am 29.3.1976).

Ein ehemaliger "Rector Delegado"
der Universität von Chile drückt
seine Haltung zu den Hochschulen
wie folgt aus:

"Der Anspruch, daß die Univer-
sität das kritische Gewissen
einer Nation darstellen soll,
entspricht einer marxistischen
Kozeption."

(Interview mit dem Rektor der CH,
General Alejandro Medina Lois, in
El Mercurio vom 12.7.81: 3).



Ingenieurwissenschaftliche Fakultät der Universidad de Chile
in Santiago

Modernisierung und Demokratisierung

Die Reform der "Universidad de Chile" (1970-1973).

Zusammenfassend lassen sich die Reformergebnisse auf drei Ebenen reduzieren:

1. Leitung und Administration ("gobierno"),
2. Struktur der Hochschule und
3. Reorganisation der Lehre.

1.: Exekutive und Verwaltung der Hochschule verblieben zwar in der Hand unipersonaler Instanzen (Rektor, Vizerektor, Generalsekretär), diese wurden aber nicht mehr, wie im Statut von 1931 vorgesehen, vom Präsidenten ernannt, sondern von allen Mitgliedern der Hochschule gewählt.

Dabei galt der Gewichtungsschlüssel: Dozenten 65 % (Professoren und Mittelbau zusammen), Studierende 25%, Angestellte 10%. Allen unipersonalen Instanzen wurden ab 1971 zudem sogenannte "comites/consejos directivos" (Entscheidungsgremien) zugeordnet. Dies galt auch für die unteren Ebenen der Zweigstellen, Fakultäten und Institute. Normative und legislative Funktionen wurden im neuen Statut von den gewählten "consejos normativos" (etwa: Grundordnungsversammlungen) und "claustrós" (vergleichbar mit dem bundesdeutschen Senat) ausgeübt. Die universitären Gruppen waren auf dieser kollektiven Leitungsebene nach dem oben genannten Schlüssel mit Sitz und Stimme vertreten. Entgegen dem früheren "consejo superior" aus den ernannten Amtsträgern sollten die neuen Gremien eine von unten nach oben gehende Legitimität und die Erfüllung des Prinzips "cogobierno" ("Gruppenuniversität" oder kooperative Leitung) vermitteln.

2.: Im Gegensatz zur alten Struktur aus "escuelas" ("Schule" = Lehre und Vermittlung) und "institutos" (wissenschaftliche Einrichtungen auf der Ebene von Professoren und Doktoranden) wurde jetzt die Organisationsform der "departamentos" (=Fachbereiche) gewählt. Als integrierte Untereinheiten der Fakultäten war hier zumindest formal die organisatorische Einheit von Forschung und Lehre eines Faches repräsentiert. Allerdings verblieben die Forschungsinstitute trotz dieser Umstrukturierung isoliert vom Lehrbetrieb am Rande oder außerhalb des universitären und vor allem studentischen Lebens. Als Form der externen Einrichtung der Hochschulen in peripheren Gebieten wurden die faktisch schon bestehenden "sedes" ("Zweigstellen") formaljuristisch festgeschrieben. Für sie galt die gleiche Struktur und Leitungsform wie für den Hauptsitz der jeweiligen Universität.

3.: Neben einer Reformierung der alten Ordinarienhierarchie wurden in diesem Bereich vor allem Neufassungen und Erweiterungen des Angebotes an Studiengängen und -abschlüssen eingeführt. Die starre Verschulung der früheren "escuelas" wurde zugunsten von mehr Freiheiten und Wahlmöglichkeiten der Studierenden aufgehoben. Trotz der Flexibilisierung von Lehrplänen und Studienordnungen kann aber das Studiensystem der "lateinischen" Länder kaum mit dem angelsächsischen oder bundesdeutschen verglichen werden. Dennoch können die vorgenommenen Veränderungen, so zum Beispiel das 42%ige Anwachsen der Studiengänge von 434 (1970) auf 614 (1973) als beträchtlich betrachtet werden. Nicht zuletzt durch ihren

permanenten Druck hatten es die Studierenden erreicht, als "vollwertige Mitglieder der akademischen Gemeinschaft" anerkannt zu werden.

Das reformierte Statut sah außerdem eine bedeutende Rolle der Universitäten im gesellschaftlich-politischen Bereich vor. Tele-Kommunikation, Weiterbildung, Edition und Kulturpflege wurden zu konstitutionellen Zielen erhoben, die pluralistische und offene Nutzung der vorhandenen Medien konnte im Statut wie in der nationalen Verfassung niedergeschrieben werden.

Damit verfolgte man eine Umgestaltung der politischen Ausrichtung der Hochschulen von einer Anstalt zur reinen Elitenreproduktion hin zu einem "kritischen Gewissen der Nation".

Die in der Reformphase vorgenommene Transformation der Hochschulen kann aus heutiger Sicht als institutionelle Modernisierung mit den Elementen Rationalisierung, Diversifizierung, Effizienzsteigerung und Verwissenschaftlichung charakterisiert werden. Aber auch Elemente durchgreifender politischer Reformen, vor allem im Bereich der Demokratisierung, konnten nach langen und kontroversen Auseinandersetzungen, die bei ihrem Abschluß die universitäre Sphäre längst verlassen hatten, durchgesetzt werden.

Einen Beweis ihrer Tauglichkeit konnte die neue Ordnung aber aufgrund ihrer extrem kurzen Gültigkeit (bis September 1973) nicht antreten.

Der Fall der Studentin C. Gloria

Wie sich die chilenischen Militärs die Handhabung von Wissenschaft und Hochschule vorstellen, wird selten deutlicher, als in einem Interview des 1980 amtierenden "rector delegado" der UCH, General Enrique Morel, mit der Zeitschrift "Hoy" (177/1980: 11-12). Zur Verdeutlichung des Begriffes "intervenierte Universität" sei ein etwas längerer Auszug aus den Ausführungen des Generals zitiert:

"... wir denken daran, den flexiblen Stundenplan abzuschaffen und einen allgemeinverbindlichen Stundenplan einzuführen. Die Unterrichtsstunden müssen genau eingehalten werden und die übrige Zeit ist zum Studieren und Forschen da. Die Studenten, denen dann immer noch Zeit bleibt, müssen Sport treiben. Als ich auf der Militäruniversität studierte, tat ich auch nur dies: studieren und Sport treiben." Zur Frage nach Meinungsfreiheit und Ideenpluralismus:

"Wenn ich Mathematik unterrichte, wende ich die mathematischen Ideen an; wenn Biologie gegeben wird, lehrt man Darwin, so verstehe ich den Pluralismus in der Universität und das heißt eben nicht, daß an bestimmten Lehrstühlen Politik gemacht wird.

Die Universität von Chile muß funktionieren, wie eine Uhr!"

(alle Übersetzungen: Matthias GÜldner).



Metropolitane Universität der Erziehungswissenschaften

Erklärung der jungen Studentin Carmen Gloria Quintana ... an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen ... und an alle, die sich in der ganzen Welt mit dem Kampf für die Demokratie in Chile solidarisieren.

Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Menschenrechtskommission:

Mein Name ist Carmen Gloria Quintana. Ich spreche im Namen der Weltvereinigung der christlichen Studenten, einer nicht-staatlichen Organisation, der Initiativen in mehr als 80 Ländern aus allen Regionen der Welt angeschlossen sind, und deren grundlegendes Anliegen es ist, den Studenten und anderen Mitgliedern der akademischen Gemeinschaft den christlichen Glauben zu verkünden und sie zu Anhängern des Christentums zu machen.

Ein grundlegender Bestandteil unserer Arbeit ist es, uns um die Bedürfnisse und Sorgen der christlichen Studenten zu kümmern, die in historisch komplizierten Situationen Zeugnis für ihren Glauben ablegen, gerade in den Ländern, in denen autoritäre Regime den Weg zur vollen Realisierung der

Menschenrechte blockieren, in flagranter Verletzung sowohl der in der Gemeinschaft der Nationen universell akzeptierten Prinzipien als auch der Grundwerte unseres Glaubens.

Meine persönliche Aussage entspricht auch der kollektiven Aussage von Tausenden Jugendlicher und Studenten Chiles, die in den letzten 13 Jahren die Härten eines verfassungswidrigen Regimes am eigenen Leib erfahren haben, das durch einen blutigen Militärputsch an die Macht gekommen ist.

Ich bin eine chilenische Studentin und 19 Jahre alt. Vor acht Monaten wurde ich von chilenischen Soldaten brutal geschlagen und lebendig verbrannt.

Ich habe überlebt und bin heute hier, um von dem Geschehenen zu berichten, und um vor dieser Kommission die fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte in meinem Land anzuklagen.

Herr Präsident:

Am 2. Juli 1986 habe ich an einem nationalen Streik teilgenommen, zu dem die Asamblea Civil



(Bürgerrechtsversammlung) aufgerufen hatte. An diesem Tag war auch RODRIGO ROJAS DENEGRI anwesend, 19 Jahre alt, Fotograf, wohnhaft in den USA, Sohn einer exilierten Chilenin, der in sein Vaterland zurückgekehrt war, um seine Wurzeln zu suchen.

Ich erwähne ihn als eine bescheidene Würdigung seines Lebens, das er in seinem Land verloren hat.

Als wir die Straßen zu einer Kundgebung in unserer Poblacion (Stadtteil) entlanggingen, verfolgte uns eine Streife von Soldaten im Kampfanzug, schwer bewaffnet und mit eingeschwärzten Gesichtern, in einem zivilen LKW. Sie verhafteten Rodrigo und mich, und wir wurden sofort schwer beleidigt, durchsucht und brutal geschlagen.

Zwei weitere Fahrzeuge mit Soldaten und zwei Zivilpersonen trafen ein und erhöhten so die Zahl unserer Bewacher auf mehr als 30 Personen. Einer von ihnen brachte einen Kanister Benzin mit. Rodrigo lag da schon halb bewußtlos auf dem durch die brutalen Fußtritte, Faustschläge und Kolbenhiebe blutüberströmten Boden.

Sie fuhren fort, mich zu schlagen. Der Militärchef begann, uns vom Kopf bis zu den Füßen mit Benzin zu besprengen, trotz meiner Bitte aufzuhören, weil mir das Benzin bereits in den Mund geriet.

Alle Soldaten verspotteten uns. Während ich mir den Mund mit der Hand säuberte, warfen sie etwas, das explodierte, zwischen uns und wir fingen an, wie menschliche Fackeln zu brennen. Ich begann, zu springen und mich auf dem Boden zu wälzen, um zu versuchen, die Flammen auszulöschen. Da gab mir ein Soldat einen Kolbenhieb auf den Mund, so daß er mir einige Zähne ausschlug. Zeugen der Tat sagten später, daß sie uns mehrere Minuten in den Flammen ließen.

Beinahe bewußtlos, erinnere ich mich, daß sie uns in Wolldecken wickelten und uns wie Bündel in ein Fahrzeug warfen. Später warfen sie uns 23 Kilometer vom Tatort entfernt auf offener Straße in einen Graben. Ich erlangte das Bewußtsein wieder, weil mich ein völlig entstellter Mann mit verwundetem und verkohltem Gesicht, mit weißen Lippen und blutender Nase schüttelte. Es war Rodrigo.

Wir sprangen aus dem Graben wie Mumien, mit offenen Armen und Beinen, und gingen mit Schwierigkeiten los, um Hilfe zu suchen. Mehrere Autos wichen vor Schreck bei unserem Anblick aus, bis uns ein Mann half und die Polizei rief, die es annähernd zwei Stunden verzögerte, uns in ein städtisches Krankenhaus zu bringen. Dort diagnostizierten sie bei uns schwere Verbrennungen zweiten und dritten Grades auf 62 % der Körperoberfläche.

Veronica Denegri, die Mutter Rodrigos, deren Name auf einer Liste von Personen stand, denen die Rückkehr nach Chile nicht gestattet war, konnte nur am 7. Juli vorübergehend einreisen. Am darauffolgenden Tag starb ihr Sohn infolge seiner Verbrennungen, der furchtbaren Schläge, die er erhalten hatte, und der Verweigerung adäquater medizinischer Versorgung. Während seiner Beerdigung setzte die Militärpolizei Tränengasbomben und Wasserwerfer ein, um die Trauergäste - darunter der Botschafter der USA - zurückzudrängen.

Herr Präsident:

Während der nächsten zwei Wochen stritten die Streitkräfte, bis hinauf zu ihrem Oberkommandierenden, General P., kategorisch jegliche Teilnahme an der Tat ab, trotz einer Fülle gegenteiliger Beweise.

Seit damals wurde die Gerichtsverhandlung von offizieller Seite behindert. Acht Monate nach der

Tat wurde nur ein Leutnant, Pedro Fernandez Dittus, wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt; er wurde kürzlich von einem Militärgericht gegen eine Kautions von 25 US-Dollar freigelassen. Wie ist eine solche Ungerechtigkeit und Parteinahme möglich?

Ich klage, Herr Präsident, vor dieser Kommission die Tat an, daß die Zeugen unter Druck gesetzt wurden und schwere Benachteiligungen in Kauf nehmen mußten: einige wurden verhaftet, andere verschleppt, in Einzelhaft. Es war notwendig, daß unsere Anwälte für 12 von ihnen Schutzanträge stellten. Außerdem erhielten unsere Anwälte Morddrohungen und wurden auch Opfer starker Belästigungen, einschließlich eines Entführungsversuches.

Herr Präsident:

Unser Fall ist in seiner Bedeutung letztendlich vielen anderen ähnlich, die tagtäglich in meinem Land geschehen und das Leben, die Sicherheit und die körperliche und seelische Unversehrtheit der Menschen bedrohen.

Die Präsenz von schwerbewaffneten Militärpatrouillen ist nichts Ungewöhnliches. Während dieser letzten Jahre wurden die Armenviertel Santiagos und der Provinzen immer wieder mit Militär-Razzien überzogen, als ob sie einen wahrhaftigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung führten.

Daß sie uns auf offener Straße vor Zeugen verbrannt haben, ist ein Beispiel für das Ausmaß der Schamlosigkeit der Folterer und der Agenten des Regimes, das 1986 so grausame, unmenschliche und entwürdigende Taten in der Poblacion begangen hat.

Uns einfach irgendwo auszusetzen, in der gleichen Gegend, in der 1985 drei Personen enthauptet aufgefunden wurden, ist mehr als eine unterlassene Hilfeleistung -

wie es juristisch ausgedrückt wurde -; es ist ein krankhafter Versuch, die Poblacion mit einer exemplarischen Strafe einzuschüchtern.

Die Einschüchterung der Zeugen und Anwälte ist das gleiche Phänomen, das auf breiterer Ebene mit den Verteidigern der Menschenrechte und mit Menschen geschieht, die ihren Beruf mit Ethik wahrnehmen.

Das Fehlen adäquater medizinischer Mittel und der persönlichen Sicherheit hat die Hilfe Kanadas nötig gemacht, um mein Leben zu retten, was die konstante solidarische Hilfe aller demokratischen Völker und Regierungen symbolisiert, die Tausenden von Chilenen im Asyl oder als politischen Flüchtlingen in der ganzen Welt gegeben wurde.

Zum Schluß möchte ich meine Gedanken vor dieser hohen Kommission so zusammenfassen, Herr Präsident, meine Herren Botschafter, indem ich sage: Mein Fall ist kein Einzelfall.

1. Ich muß angesehen werden als Überlebende eines schweren Angriffs auf das Recht auf Leben, so wie viele in Chile, die in der Anonymität bleiben und ebenfalls Aufmerksamkeit verdienen.
2. Das Bild der generellen und institutionalisierten Menschenrechtsverletzungen, das in Chile zu beobachten ist, hat seinen Ursprung in einer antidemokratischen politischen Verfassung, die sie ermöglicht, und in der Fortdauer eines Militärregimes.
3. Mein Fall zeigt schwere Mißstände in der Justiz auf, insbesondere hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit, die mit dem Ziel korrigiert werden müssen, die Sicherheit von Personen zu gewährleisten.
4. Mein Fall reflektiert in unerfreulicher Weise, daß die Situation der Menschenrechte in Chile sehr

schlecht ist und die besondere Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft erfordert, wie wir sie seit 1974 erlebt haben.

Um zum Schluß zu kommen, Herr Präsident, und damit der Tod von Rodrigo Rojas und mein Leiden nicht umsonst waren, hege ich die demütige Hoffnung, daß mein Zeugnis dazu beiträgt, daß diese Kommission, getreu ihrem Mandat, klar und eindeutig die Menschenrechtsverletzungen im Land Pablo Nerudas verurteilt. Es war eben Neruda, dieser Dichter Chiles und der Welt, der schrieb: "In diesem kritischen Augenblick, in diesem Moment der Agonie wissen wir, daß das Licht letzten Endes die geschlossenen Augen erleuchten wird."

Dies Licht ist die Hoffnung auf ein Morgen in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit für das Chilenische Volk.

Vielen Dank.

Uniform und Nadelstreifen

DIE CHILENISCHEN HOCHSCHULEN ZWISCHEN MILITARISMUS UND MONETARISTISCHER STRUKTURREFORM.

Das Wesen der autoritären Hochschulpolitik ab 1973 speist sich aus zwei unterschiedlichen Intentionen.

Zeitlich betrachtet dominiert der erste Motivationsstrang, die destruktive, antireformerische oder konterrevolutionäre Komponente, die Phase von 1973-1980. Das zweite Konzept einer aktiven, neuen Politik beginnt mit den Strukturreformen der Jahre 1980-1981.

DIE GRUNDLAGEN. A. REAKTION(EN) 1973-1979.

Grundlage der autoritären Hochschulpolitik war zunächst die Ablehnung, ja Bekämpfung der Reformen von 1967-1973 und eine rein negative Diagnose des damaligen Zustandes des chilenischen Hochschulsystems. Im Namen der Regierung veröffentlichte der damalige Innenminister folgende, als Ausgangspunkt für spätere eigene Konzepte wichtige Kritikpunkte:

- 1) Vereinheitlichung ("Gleichmacherei") der acht existierenden Universitäten in punkto Reformen, vor allem finanzieller Staatsabhängigkeit, Expansion, etc.,
- 2) Geschlossenheit des Systems: Zusammenarbeit statt Konkurrenz und Verhinderung von Neugründungen durch regionale Ausbreitung,
- 3) unorganisches Wachstum aufgrund garantierter Finanzen,
- 4) Auswirkungen der Einführung demokratischer Mitbestimmung: Chaos, Demagogie und

- 5) Mißbrauch der Institutionen zur Verwirklichung politischer Ziele (marxistische Infiltration).

Diese Kritik der Hochschulreformen und die rein ideologisch und machtpolitisch motivierten Säuberungswellen prägen das Gesicht der destruktiven Phase. Dabei gelang es der Regierung nicht, eine eigenständige positive Hochschulpolitik zu formulieren. Im wesentlichen ging es darum, die Hochschulen zu entpolitisieren.

Trotz dieses fehlenden programmatischen Konzeptes, für das allgemein mangelnder Konsens innerhalb des dominierenden Blockes über die Ziele hochschulpolitischer Veränderungen verantwortlich gemacht werden, können einige grundlegende Tendenzen bereits in der Phase vor 1980 beobachtet werden. Neben den rein repressiven Maßnahmen heißen die entscheidenden Weichenstellungen: Reduktion und Kommerzialisierung.

Damit geht die reaktionäre Phase denn auch über die bloße Rücknahme von pädagogischer Modernisierung, demokratischen Rechten, strukturellen Reformen und neuen Studienordnungen hinaus und weist bereits den Weg zur konzeptionellen Reformulierung chilenischer Hochschulpolitik.

Garretón faßt die Leit motive der ersten Phase wie folgt zusammen (in: Estudios Sociales, 26/1980: 101-104):

- 1) Vernichtung der traditionellen politischen Organisationen der Bevölkerung,
- 2) Eindämmung der sozialen Mobilisierung,
- 3) Ablösung und Ersatz der akademischen Gremien und Amtsträger,
- 4) Oktroyierung eines hierarchischen Verwaltungsmodells,

- 5) Einsparungen und inhaltlich motivierte Umverteilungen,
- 6) ideologische Kontrolle der wissenschaftlichen Inhalte,
- 7) Verkleinerung des Systems,
- 8) Einführung eines berufsorientierten Bildungsverständnisses,
- 9) Suspendierung von Klassenantagonismen und -kämpfen zugunsten der "nationalen Einheit",
- 10) Negation des Marxismus und
- 11) rezeptive Rolle der Studierenden statt Mitverantwortung.

DIE GRUNDLAGEN. B. EINSCHNITTE 1980 - ?

Mit den "Directivas Presidenciales" von Juntachef Pinochet beginnt die zweite Phase der autoritären Hochschulpolitik. Die Grundwerte der Direktiven finden Eingang in die Ende 1980 beginnende Gesetzgebungstätigkeit der Regierung. Man kann zusammenfassend fünf Hauptaussagen Pinochets erkennen, aus denen sich die Programmatik der neuen Hochschulpolitik ableiten läßt:

- 1) Das Bildungssystem soll nach den Werten des "christlichen Humanismus" und den Prinzipien der Junta neu geordnet werden,
- 2) private Anbieter sollen vermehrt Bildungseinrichtungen übernehmen,
- 3) Schwerpunkt staatlicher Förderung soll die Grundschulbildung werden,
- 4) mittlere und höhere Bildung sollen als Ausnahme und Privileg betrachtet und von denjenigen bezahlt werden, die dieses Privileg in Anspruch nehmen und

- 5) ein kohärentes "Hochschulgesetz" soll entwickelt und vorgelegt werden.

Pinochet legt zudem fest, daß die Ordnungsmacht eines starken Rektorenamtes den Ausschluß politischer Auseinandersetzungen aus den Hochschulen garantieren soll.

Den Vorrang von Staatsmacht und Privatwirtschaft vor inneruniversitären Akteuren dokumentieren die Betonung der Bedeutung privater Unternehmen für die Entwicklung der sozialen Systeme und die Zusammensetzung der Kommission zur Ausarbeitung des neuen Hochschulgesetzes: Bildungsminister, Innenminister, Chefberater der Junta und zwei Juristen ohne Verbindung zu den Universitäten. Die von Pinochet in den Direktiven formulierte Autonomie - "die Universitäten werden autonome Einrichtungen sein, die von den Gremien und Autoritäten geleitet werden, die sie sich selbst geben" - wird so schon durch ihre immanenten Widersprüche zur Farce.

Als Grundlage für die Umstrukturierung des Hochschulsystems enthielt das Gesetzespaket fundamentale Funktions- und Zielbestimmungen der höheren Bildung im Sinne der autoritären Regierung. Dazu gehört neben der Bewahrung und Förderung des nationalen kulturellen Erbes die Berufsqualifikation für die höheren Laufbahnen und die Wahrnehmung der traditionell spezifischen Funktionen, Forschung, Lehre und Vermittlung. Sind dies nur die weltweit anerkannten und kaum konfliktiven Funktionen, so wird die politisch-ideologische Zielbestimmung hauptsächlich durch das Fehlen anderer Kriterien deutlich. Im Gegensatz zum vorangegangenen Hochschulgesetz fehlen Ziele wie die Rolle der Universitäten als "kritisches Korrektiv der Gesellschaft", der Gedanke der Gesellschaftstransformation, soziale Verant-

wortung, die Förderung kritischen Bewußtseins oder die integrative Funktion von pluralen Ideen und Meinungen.

Das Ziel der Selbstfinanzierung der Lehre durch erhöhte Studiengebühren wird programmatisch mit der Schaffung sozialer Gerechtigkeit begründet. Dadurch solle verhindert werden, daß "die arme Bevölkerung über Steuern das Studium der Mittelklasse und der Reichen finanziere".

Auf dem Hintergrund der Programmatik und der realisierten Hochschulpolitik der autoritären Regierung müssen die genannten Ziele der Junta als ein Versuch der Elitisierung der höheren Bildung (einer Rückkehr zur sogenannten "alta cultura superior") mittels verstärkter Selektion gewertet werden. Dabei soll die ideologisch uniforme Ausbildung der zukünftigen Eliten die bestehende Macht reproduzieren und stärken, sowie die Entwicklung von Alternativen und oppositionellen Konzepten verhindern. Neben der kulturellen Kontrolle als Absicherung soll die Herausbildung technokratischer Eliten die vordringlich ökonomische Funktion der Hochschulen untermauern. Die Anpassung von Bildung und Wissenschaft an den freien Markt betont dabei den Aspekt der Bildung von Humankapital für die neugeordnete kapitalistische Struktur des freien Unternehmertums und des subsidiären Staates.



Santiago. Studenten werden aus der Universität verhaftet abgeführt

POLITIK DER VERBRANNTEN ERDE. TERROR UND REPRESSION.

Wichtigstes Charakteristikum im Verhalten der Militärregierung gegenüber den Hochschulen ist die kontinuierliche, wenn auch unterschiedlich starre Ausübung von Terror und Repression gegenüber Universitätsangehörigen. Die vom Polizei- und Militärapparat durchgeführten Säuberungsmaßnahmen werden von 1973 an begleitet vom Zugriff auf die Leitung und Verwaltung der Hochschulen. Alle Analysen sprechen von der Schaffung einer auf Dauer "intervenierten Universität".

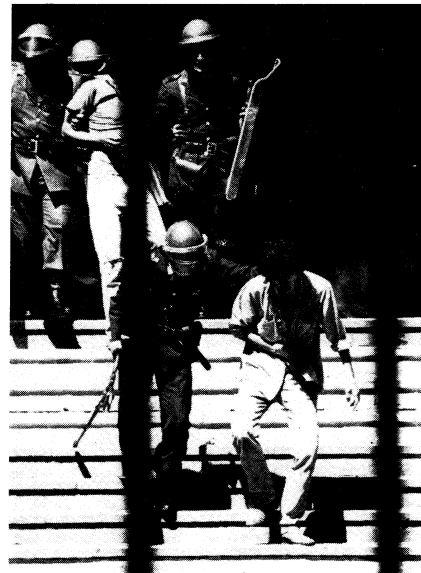
In einer ersten Phase (bis etwa Mitte 1974) "beschränkt" sich die Junta auf das Ziel der Macht-sicherung und Ausschaltung der potentiell gefährlichsten inneren Gegner. Für die Universitäten heißt dies, daß lediglich auf der Basis zweier Dekrete, die die Einsetzung der delegierten Militärrektoren und ihre Ausstattung mit allen Vollmachten regeln, eine erste Säuberungswelle gegen Universitätsangehörige linker Parteien, Hochschulgruppen und Gewerkschaften stattfindet. Einsatz von Truppen auf dem Campus, Festnahmen und Erschießungen von Amtsträgern, Akademikern, Studierenden und engagierten Mitarbeitern, sowie Massenentlassungen schaffen ein Klima der Paralyse und des offenen Terrors.

Die Säuberungen und Ausschlüsse finden auf allen akademischen und nichtakademischen Ebenen ohne Begründung, das heißt ohne formales Verfahren statt - an den Hochschulen regiert das Faustrecht der bewaffneten Macht. Die Schließung von gesamten Fachbereichen, Projektgruppen, Forschungsvorhaben, etc. betrifft vor allem die Sozialwissenschaften und unter ihnen besonders die als marxistisch orientiert geltenden Fächer Soziologie, Politologie, Psychologie. Studierende dieser Fächer werden umgruppiert, exmatrikuliert, ihre Studienleistungen verfallen, Akademiker

werden entlassen. Einen Sonderfall stellt die "Universität von Concepción" dar. In der ehemaligen Hochburg der Linken wird die gesamte Studentenschaft exmatrikuliert, Studienbewerber müssen sich vor einer Kommission aus ultrarechten Parteigängern erneut um die Zulassung bewerben.

Sämtliche hochschulpolitischen Organisationen werden geschlossen und ihre Amtsträger suspendiert. Neben Universitätsmitgliedern werden auch die Inhalte von Forschung und Lehre einer zwar am Grad marxistischer Ausrichtung orientierten, letztlich aber dennoch willkürlichen Säuberung unterzogen. Dieses autoritär monolithische Wissenschaftsverständnis zieht eine Abschaffung von pädagogischen und studientechnischen Reformerrungenschaften nach sich. Die Folge sind eine starke Reglementierung des Studiums, Abschaffung der freien Wahl, höhere Anforderungen und eine strengere Überwachung.

Die Anzahl der verfolgten, entlassenen, verhafteten, exilierten oder getöteten Universitätsmitglieder ist nur schwer genau anzugeben. Schätzungen belaufen sich auf einen Ausschluß von ca. 25% der Dozenten, 10-15% des nichtwissenschaftlichen Personals und etwa 18% der Studierenden. Letztere belaufen sich nominal auf weit über 20.000 allein im ersten Jahr der Militärregierung.



REPRESSION TEIL ZWEI: DIE GEZIELTE INTERVENTION.

In einer zweiten Phase wird die Säuberung des chilenischen Hochschulsystems "abgeschlossen". Zwischen 1974 und 1979 sind nun auch der Christdemokratie nahestehende und politisch unabhängige Personen betroffen. Jegliche noch vorhandene Kritik oder Verbundenheit mit den inhaltlichen, pädagogischen und hochschulpolitischen Reformen der präautoritären Phase soll ihre Artikulation verlieren. Neben dem Totalitätscharakter des demonstrierten Machtanspruchs wird so auch die Vorbereitung einer eigenen umfassenden Transformationspolitik der Regierung deutlich. Potentieller Widerstand gegen Maßnahmen, die nicht der Tradition und den Vorstellungen der chilenischen Hochschulen entsprechen, soll dadurch weitgehend ausgeschlossen werden.

In den 80er Jahren ist die Regierung in der Lage, "nur noch" selektive Repression zu praktizieren. Die Umstrukturierung der Hochschulen im personellen und inhaltlichen Bereich macht die wahllosen und massiven Eingriffe der Zeit nach dem Putsch "überflüssig". Bedroht sind in dieser Phase vor allem engagierte Studierende, die kleine entstehende Freiräume zur Entwicklung autonomer Organisationsversuche nützen.

Im Sektor der Dozenten wurden bereits nahezu alle kritischen Stimmen in den außeruniversitären Bereich oder außer Landes gedrängt. Politisch orientierte Neueinstellungen taten ihr Übriges, den Pluralismus des Lehrkörpers völlig zu suspendieren. Eine Aufstellung der zwischen 1980 und 1983 delegierten Studenten zeigt, daß die Werte von zwischen 30 und 50 Entlassener (1980-1982) auf nurmehr vier im Jahre 1983 zurückgingen.

Nach dieser Phase gewisser Liberalisierung lassen die Protest-

aktivitäten an den Hochschulen und die Partizipation von Studierenden an den allgemeinen gesellschaftlichen Unruhen auch den Grad der Repression an den Hochschulen wieder ansteigen. Die letzten Jahre sind geprägt von periodisch wiederkehrenden Übergriffen von Sicherheitsorganen auf Universitäten und ihre Mitglieder.

Trotz des zu Beginn der 80er Jahre eingetretenen Wandels in Richtung auf eine Institutionalisierung der Leitungsstruktur der Hochschulen, hat sich am Stil der herrschenden Befehls- und Ordnungsgewalt wenig geändert.

Die mit ganz wenigen Ausnahmen von Generälen und hohen Offizieren ausgeübten Rektorenämter konzentrieren die hierarchisch angelegte innere Gewalt an den Hochschulen auf sich. Vom Präsidenten direkt als seine Vertrauten ernannt, fungieren die Rektoren unter Übergehung der Mitgliedsgruppen der Hochschulen und ihrer Selbstbestimmung als quasi ausgelagerte Regierungsautoritäten. Bei der im gesamten Zeitraum herrschenden quasi rechtsfreien Lage ergibt sich so eine Bündelung von legislativer, exekutiver und judikativer Funktion in den Händen der Militärregierung und direkt von ihr abhängiger Institutionen und Amtsträger.

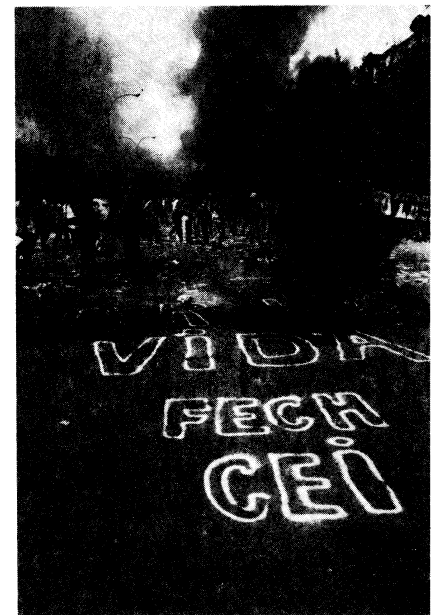
In den ersten sieben Jahren nach der Machtübernahme regierten die vom Präsidenten ernannten "rectors delegados" mit Hilfe von ihnen eingesetzter Dekane und Berater die Universitäten quasi diktatorisch. Alle übrigen Gremien wurden suspendiert. Im Zuge der Transformationen von 1980-1981 wurde dann die formale Struktur erweitert und ein kollektives normatives Gremium, die "Junta Directiva" (JD) installiert. Dieses Gremium besteht aus drei vom Präsidenten ernannten Vertrauten, drei weiteren außeruniversitären Mitgliedern und drei Ordinarien aus dem "consejo universitario". Somit ist trotz der formal

anerkannten Autonomie die Fremdbestimmung der Hochschulen institutionell festgeschrieben. Der Rektor arbeitet die politisch-administrativen Vorgaben sowie die Vorschläge zur Besetzung der Ämter aus, über die dann die JD als normatives und legislatives Organ zu entscheiden hat.

Durch die Festschreibung dieser Form der Universitätsleitung wird die endgültige Trennung zwischen Leitung und inhaltlicher Arbeit, zwischen Regierung und "scientific community" exekutiert.

Abgesehen von der völligen Negation studentischer oder außerakademischer Mitbestimmung findet auch keinerlei verantwortliche Kommunikation zwischen Lehrkörper bzw. Wissenschaftlern und der Hochschulleitung statt. Der verschwindend kleine Teil der direkt mit der Militärregierung über die ernannten Ämter verbundenen Dozenten ist für die inneruniversitäre Meinungsbildung in keiner Weise repräsentativ.

Auch auf dem Gebiet des Aufbaus der Hochschulen findet eine



Santiago. Studentenprotest gegen die Diktatur vor der Ingenieur-Fakultät. CEI: Fachschaft Ingenieurwesen FECH: ASTA-UNI-CHILE

Teilrevision der Reformen von 1972 statt. Die Einteilung der Fakultäten in Lehr- und Forschungseinrichtungen umfassende "departamentos" wird fakultativ zurückgenommen und die Restrukturierung in reine Lehranstalten ("escuelas") und Forschungsinstitute ("institutos" und "centros") ermöglicht.

Im inhaltlichen Bereich ist das strikte Verbot von Themen und Aussagen, die gegen die "nationale Sicherheit" verstoßen, konstant. Darunter fallen neben ganzen Disziplinen aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich, alle marxistischen oder sozialreformerischen Ansätze, ja eigentlich alle regimekritischen oder divergierenden Inhalte. Die formal zugesicherte "Freiheit der Wissenschaft" wird dort zur Farce, wo per Dekret eine von oben verordnete "Objektivität" (das heißt das rein formale Abwägen von pro und contra) erzwungen wird.

Außerplanmäßige Aktivitäten der Universitätsmitglieder, wie Film- und Theateraufführung, Lesungen, Diskussionen, etc. müssen im Detail genehmigt werden und erhalten nicht selten Auflagen, die ihre Durchführung verunmöglichen. Auf diese Weise wird konstant ein Quasiverbot selbst relativ unpolitischer, nicht direkt gegen die Regierung gerichteter universitärer Aktivitäten verhängt. Die Hochschule als Ort der Kreativität, des Austausches und der wissenschaftlich-kulturellen Weiterentwicklung einer Gesellschaft wird durch diese Form der autoritären Hochschulpolitik nahezu völlig zerstört.

DIE REORGANISATION DES HOCHSCHULSYSTEMS. DIE ZIELE.

Während die Bewertungen der Strukturreform weit auseinandergehen, besteht weitgehende Einigkeit über die Charakterisierung ihrer Essentials. Die Ziele der Militärregierung können zunächst

stichwortartig angegeben werden als:

- 1) Regionalisierung,
- 2) Dezentralisierung,
- 3) Diversifizierung,
- 4) Spezialisierung,
- 5) Flexibilisierung,
- 6) Privatisierung und
- 7) Erweiterung des chilenischen Hochschulsystems.

Im ganzen erlebte das System einen Übergang von der rein universitären höheren Bildung zu einem komplexen Sektor weiterführender Bildung.

DIE MAßNAHMEN. ZERSCHLAGUNG UND PRIVATISIERUNG.

Das Gesetzesdekret Nr.1 von 1980 definierte die Rolle und Normen der Universitäten neu, setzte Bedingungen für ihre Gründung und Auflösung und regelte die Vergabe von Titeln und Abschlüssen neu. Dabei wurden 12 Studiengänge und -abschlüsse eingerichtet, die ausschließlich an Universitäten angeboten werden dürfen bzw. auf die sich die Universitäten nach Möglichkeit beschränken sollten.

Diese Maßnahme bot die Möglichkeit, neue, nicht universitäre Institutionen zu gründen, die sogenannten "Institutos Profesionales" (etwa: berufsbildende Institute oder Berufsakademien) und "Centros de Formación Técnica" (Technische Bildungszentren).

Beide großen landesweiten staatlichen Hochschulen verlieren auf Maßgabe des Dekretes Nr. 2 von 1981 ihre gesamten regionalen Außenstellen ("sedes"), die alleine oder in Zusammenschlüssen zu neuen, eigenständigen Einrichtungen umgruppiert werden. Aus dieser Reorganisation entstehen neun neue Universitäten mit Sitz in den Regionen außerhalb Santiagos.

Zusätzlich verliert die Universität von Chile (UCH) ihre pädagogischen Fakultäten, die in eigenständige Pädagogische Hochschulen umgewandelt werden.

Die durch das Dekret Nr. 1 gewährte Erlaubnis zur Gründung privater Einrichtungen wird besonders im Bereich unterhalb des universitären Niveaus wahrgenommen. Dagegen kommt es nur zu drei kleinen privaten Universitätsneugründungen.

Durch die oben genannte Umstrukturierung verlieren die beiden großen staatlichen Universitäten sowohl ihren nationalen Charakter, als auch die bisherige dominante Stellung im chilenischen Hochschulsystem. Ihre organisatorische Stärke, vermittelt durch Größe und landesweite Ausstrahlung wird dadurch gebrochen. Die UCH verliert zwischen 1980 und 1983 annähernd 40% ihrer Studierenden, die technische Universität (UTE, jetzt: Universität von Santiago, USACH) genau 50%, was durchaus zum "teile und herrsche"-autoritär motivierter (!) Dezentralisierung paßt.

Die beabsichtigte Entstaatlichung des Hochschulsystems findet aber nicht statt. Es gelingt den drei privaten Neugründungen aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten nicht, eine im nationalen Kontext wesentliche Bedeutung zu erlangen.

"Im Ganzen kann man die Vorstellung, daß es möglich sei, mit einem neuen "offenen" Hochschulsystem - in dem die Privaten hoch spezialisierte und wettbewerbsfähige Institutionen gründen können - die Konkurrenz zwischen den Hochschulen zu fördern und damit die wissenschaftlichen Leistungen zu verbessern nach kurzer Zeit als gescheitert ansehen" (Brunner 1984:81).

Auf dem außeruniversitären Sektor zeigt sich die Flexibilisierungs- und Privatisierungsintention weit erfolgreicher. Diese Differenzierung des Studienangebotes auf unterschiedlichem Niveau bedeutet aber nur eine begrenzte Erweiterung des gesamten Hochschulsystems. Im Gegensatz zum Beispiel zur Einrichtung bundesdeutscher Fachhochschulen, die

parallel zu extrem expandierenden Matrikelzahlen der Universitäten erfolgte, konstituiert sich der neue außeruniversitäre Sektor in Chile zum Teil auf Kosten der Matrikelzahlen der "alten" Universitäten.

Die Matrikelzahlen der Universitäten sinken nach der Einführung der neuen Gesetze von 118.978 (1980) auf 101.620 bzw. nach anderen Quellen sogar auf 95.925 im Jahre 1981, das heißt um 14,6% bzw. 19,4%.

Die vorgebliche Funktion der neuen Sektoren, das Heranführen neuer Schichten an die höhere Bildung wird hier durch eine reale Zersplitterung der Studentenschaft ohne Öffnung des Hochschulsystems ad absurdum geführt. Bildungs- und einkommenschwächere Schichten werden also aus dem universitären System der zukünftigen Eliten hinaus und in explizit zweitklassige Institutionen abgedrängt. Es entsteht der Effekt der klaren sozialen Trennung in akademische und nichtakademische postsekundäre Bildung.

Neben den fehlenden Staatszuschüssen verhindern auch strenge Auflagen und Kontrollen des Innenministeriums einen "Erfolg" der angestrebten Privatisierungspläne autoritärer Hochschulpolitik. Die eindeutig politisch motivierten Einschränkungen zur Verhinderung dissidenter Einrichtungen, der Zwang, Examina und Titelvergaben über die staatlichen Universitäten zu regeln sowie widersprüchliche Rechtslagen werten die neuen Universitäten zusätzlich ab. Zusätzlich findet eine auch durch das Finanzierungssystem geförderte Konzentration prestigebeladener Studiengänge und höher eingestufter Studenten in den traditionellen Hochschulen statt.

Die immanenten Widersprüche unterschiedlicher Fraktionen und verschieden motivierter Ziele innerhalb der offiziellen chilenischen Hochschulpolitik verhindern so von vorne herein einen

"Erfolg" der Reform im Sinne ihrer Initiatoren.

Als eine Hauptmotivation für die Dezentralisierung bzw. Zerschlagung, der nationalen Traditionsuniversitäten muß dabei immer der Versuch angesehen werden, zentrale Organisationsformen oppositioneller Strukturen, hier der kritischen Intelligenz, zu zerstören.

"Offensichtlich hielt die Regierung ihre Säuberungen der Dozentschaft, die Unterdrückung der Studentenbewegung und die Elitisierung des Hochschulzugangs, die sie sieben Jahre lang verfolgt hatte, für unzureichend", (Mensaje, 297/1981: 82).

Dazu gehört auch die Akzentverschiebung von den mehr bewußtseinsbildenden, kritischen Studiengängen, rein wissenschaftlicher Provinienz, hin zur verstärkten Merkantilisierung und Berufsorientierung des Systems. Die Restriktion des universitären Sektors muß, vor allem im Verbund mit den Finanzierungsänderungen, bei der Planung der Reform intendiert gewesen sein. Nach dem "big stick" der Militärs sollte die subtilere Vorgehensweise der ökonomisch motivierten Maßnahmen wohl mit der Wissenschaft als traditionellem Feind von autoritärer Herrschaft abschließen.

Analysen aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen des demokratischen Spektrums kommen einmütig zu dem Schluß, daß die Hochschulreform Pinochets weniger ein neues besseres System geschaffen, als vielmehr zur Zerstörung der Universitäten insgesamt beigetragen hat.



Santiago: Schußwaffeneinsatz gegen demonstrierende Studenten

DIE FARBE DES GELDES. HOCHSCHULE ALS LUXURIÖSES WARENANGEBOT.

Auch bei der Betrachtung der staatlichen Ausgaben für das Hochschulsystem erweist sich das Jahr 1981 im vorliegenden Zeitraum als Wendemarke. In der zuerst zu betrachtenden Periode zwischen 1974 und 1980 lassen sich am Prinzip und an den Grundlagen der Hochschulfinanzierung keine signifikanten, das heißt richtungsändernden, Veränderungen feststellen. Es handelt sich, wie vor 1974, weiterhin um ein im wesentlichen staatliches Finanzierungssystem, das auch die privaten Institutionen mit einbezog. Im Durchschnitt lag der Staatsanteil an der Finanzierung des Hochschulsystems mit 69,5% im Zeitraum 1974-1980 sogar höher als in den Jahren 1965-1973.

Zwar wurde der noch als Erbe der Regierung Allende zu betrachtende Höhepunkt von 86,2% Staatsanteil (1974) bis zum Ende dieser Periode, 1980, um 20% auf 66,2% gesenkt, von einer wesentlichen Verschiebung von der staatlich garantierten Finanzierung hin zur Selbstfinanzierung ("autofinanciamiento") kann allerdings keine Rede sein. Mit 66,2% lag der Staatsanteil nach sieben Jahren autoritärer Regierung sogar noch über dem Mittelwert der christdemokratischen Phase von 1965-1970 (64,9%).

Im allgemeinen kann man neben der Kontinuität des Finanzierungsmodus einen Ablauf der Werte von den Basiswerten zum Ende der 60er Jahre über die "Spitzenwerte" der Phase 1970 bis 1974 zurück zu den stabilisierten Werten vom Beginn des Untersuchungszeitraums konstatieren.

Der Anteil der Staatsausgaben für höhere Bildung am Gesamtbildungshaushalt, der von 29,4% (1965) zwischenzeitlich auf 49,9% (1974) gestiegen war und in 1980 wieder bei 29,2% lag, ist für diesen Prozeß ein gutes Beispiel. An den Werten läßt sich hier auch deutlich die Schwerpunktsetzung der verschiedenen Regierungen ausmachen:

Vorrang für die Grund- und Gymnasialbildung (Regierung Frei) bzw. nur Grundschulbildung (Regierung Pinochet) gegenüber der mittelschichtenorientierten Expansion der Hochschulbildung (Regierung Allende).

Der nominale Gesamtbetrag für das Hochschulsystem folgt in seinen Variationen den Vorzeichen der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. In den Jahren der schockartigen Umstellung auf die "austerität"-Politik sinkt das

Matricula total por sector institucional (1965 - 1987)

Gesamt Studentenzahlen nach Sektoren

Ano Jahr	Sector c/aporte fiscal Öffentlicher/ staatl.Sektor		Sector Privado privater Sektor		Total
	Univers.	Inst.Prof.	Univer.	Inst.Prof.	
1965	41.801	-	-	-	41.801
1968	61.976	-	-	-	61.976
1970	76.979	-	-	-	76.979
1974	144.523	-	-	-	144.523
1976	134.149	-	-	-	134.149
1980	116.962	-	-	-	116.962
1983	110.708	16.645	2.708	7.226	137.287
1984	109.569	19.000	2.886	10.925	142.380
1986	118.530	10.345(*)	6.295	18.717	153.887
1987	119.447	10.609	7.652	19.047	156.755

Quelle:

Fuente: Anuario Estadístico Consejo de Rectores.
Doc.de Trabajo CPU 11/87.

(*) Bis 1984 waren sieben der staatlichen Institutionen "Fachhochschulen" (incl. der Pädagogischen Institute). 1986 wurden drei davon zu Universitäten, so daß nur vier staatlich finanzierte "Fachhochschulen" übrigblieben. 1988 behielten nur noch das Instituto Profesional de Santiago und das Instituto Profesional von Osorno diesen Charakter.

EVOLUCION DEL APORTE FISCAL

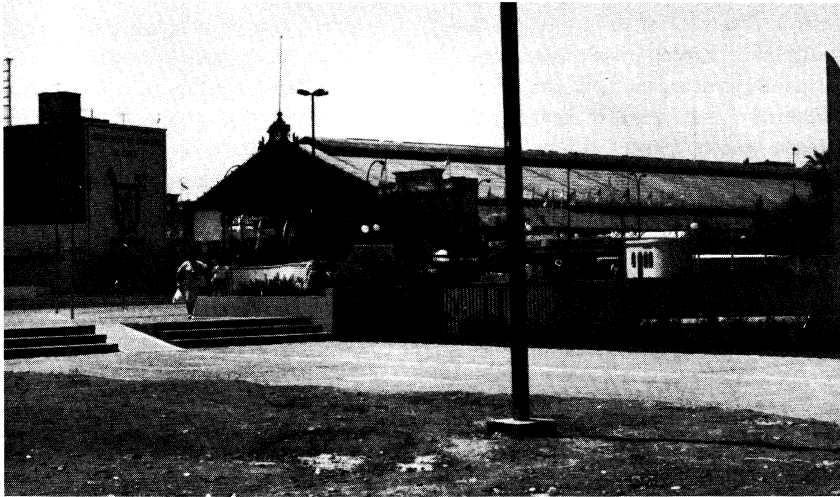
Entwicklung der staatlichen Finanzierung der Hochschulen 1968-1987 (miles de pesos 1987)

Ano Jahr	Aporte Fiscal Staatl.Gelder	%sobre el total de ingresos Finanzierg.	Indice (AF 1980 = 100%) Index%	Aporte Fiscal por alumno matriculado Staatl.Ausgabe pro Student
1968	16.808.875	60.3	39,4	271.21
1970	22.879.272	65.7	53.7	297.21
1972	42.395.677	77.7	99.5	333.28
1974	64.766.561	86.2	152.0	448.14
1976	34.067.350	70.2	79.9	253.95
1978	43.425.411	77.8	101.9	335.33
1980	42.618.932	70.6	100.0	364.38
1982	39.418.486	53.7	92.5	330.16
1984	27.928.771	48.2	65.5	224.66
1986	23.358.599	48.4	54.8	181.25
1987	21.870.112	48.4	51.3	168.16

* Estimado. geschätzt

Quelle:

Fuente: Patricio Lagos A. Análisis de la Evolución y Situación Actual del Financiamiento de la Educación Superior, CPU, Doc.de Trabajo, 1988.



Haupteingang U.T.E.

Budget inflationsbereinigt um 42,5% (1974-1976), während gleichzeitig die Matrikelzahlen "nur" um 6,9% zurückgehen.

Für den aussagekräftigsten Indikator "Betrag pro immatrikuliertem Studenten" bedeutet dies einen Rückgang um 40,5% innerhalb eines Jahres. Dieser Sturz von Mitte der 70er Jahre geht also weit über ein bloßes Zurückdrehen auf die Werte vor der UP-Regierung hinaus. Während die Matrikelzahlen aber weiter mäßig aber kontinuierlich sinken, erholen sich die Budgetwerte wieder auf dem Niveau der christdemokratischen Ära.

Der Betrag von 1352 US-\$ (v.1976) pro Immatrikuliertem in 1980 weicht nur um einen Dollar von der 1970 im Schnitt pro Student vom Staat gezahlten Summe ab.

Innerhalb des Prozesses der kontrollierten Schrumpfung auf die Werte der späten 60er Jahre läßt sich aber dennoch eine klare Folge neuer Schwerpunktsetzung nach 1973 erkennen. Der Anteil staatlicher Universitäten an der Gesamtförderung, der 1969 noch über 3/4 ausmachte, ging auf etwas mehr als die Hälfte zurück (Tab.4). Die deutliche Bevorzugung der privaten Universitäten läßt sich daran festmachen, daß im gesamten Zeitraum 1974-1980 ihr Finanzanteil überproportional zu ihrem Studentenaufkommen liegt. Wesentlicher Effekt nicht zuletzt auch der von der Militärregierung vorgenommenen Beschneidung der größten staatlichen

Universität, der Universität von Chile (UCH).

Strukturelle Vorzeichen und sich abzeichnende Engpässe deuteten allerdings schon in der Periode vor 1981 auf die Notwendigkeit einer größeren Revision des Gesamtsystems hin. Hinzu kommt, daß nach dem vorläufigen Abschluß der Säuberungen und einer gewissen Konsolidierung der Militärregierung das Gewicht der Armee zugunsten der technokratischen Fraktion zurückging.

Ausgangspunkt der Transformationsüberlegungen war der angesichts kaum noch erhöhbarer Studiengebühren festgefahrene Anteil der universitären Eigenfinanzierung, der einen weiteren Rückzug des Staates aus diesem sozialen Subsystem behinderte.

Die ökonomische Lage der breiten Mittelschichten war dabei zu schwach, um bei ständig sinkender Kaufkraft das Ziel der Selbstfinanzierung der Lehre erreichen zu können. Die Lehre als konstant höchster Kostenfaktor der Hochschulen - allein die Gehälter der Dozenten verbrauchten in 1980 ca. 91% des staatlichen Zuschusses - verhinderte solange einen Rückzug des Staates auf die subsidiären Sektoren der Forschung und Vermittlung, solange kein Weg zur erhöhten Eigenbeteiligung der Studierenden gefunden wurde.

WER HAT - BEKOMMT. UMVERTEILUNG NACH OBEN ALS PRINZIP.

Die Grundprinzipien der Strukturreform von 1981 lauteten auf dem Gebiet der Finanzierung, anschließend an die vorher beschriebenen Entwicklungen:

- 1) Förderung der Eigenfinanzierungsfähigkeit der Universitäten mittels Krediten für Studierende zur Begleichung höherer Studiengebühren,
- 2) Erweiterung des Systems nur auf der Basis privater, sich selbst tragender Einrichtungen und
- 3) Förderung des Konkurrenzprinzips durch Aufsplitten des Staatszuschusses in einen abnehmenden Pauschalbetrag und eine anwachsende leistungsbezogene Förderung.

1981 wurde von der Regierung Pinochet eine Dreiteilung der staatlichen Hochschulfinanzierung, ein sogenanntes Hybridfinanzierungsmodell, beschlossen. Bei annähernd eingefrorenem Gesamtbetrag (Erhöhung nur gemäß wirtschaftlichem Wachstum) wurde die erste Finanzierungsschiene, der "aporte fiscal directo - AFD", eine pauschale Zuwendung an alle staatlich geförderten Einrichtungen, vom Höchststand 1981 (=100%) jedes Jahr um einen bestimmten Prozentsatz reduziert, bis er ab 1985 genau 50% des Ausgangsbetrages erreichen sollte.

Dem gegenüber bis 1985 auf ebenfalls 50% ansteigen sollte nach dem Willen des Gesetzes der sogenannte "aporte fiscal indirecto - AFI". Vergeben werden die Gelder des AFI an diejenigen Universitäten, an denen sich die 20.000 besten Studierenden der Aufnahmeprüfung immatrikulieren. Ab 1985 sollten nach der Strukturreform also AFD und AFI gleichberechtigte Säulen der staatlichen Hochschulfinanzierung sein.

Die selektive Funktion des AFI verstärkte somit die quantitativen und qualitativen Differenzierungsbestrebungen der übrigen Veränderungen ab 1981.

Als dritte Säule sollte nach dem Willen des Gesetzgebers ein Kredit für die Studierenden die Fähigkeit der Studierenden zur Zahlung von Studiengebühren fördern und damit der Eigenfinanzierung der Hochschulen mehr Gewicht verleihen.

Die Ausführung der 1981 erlassenen Gesetze wich in den Jahren 1982-1985 allerdings weit von den ursprünglichen Intentionen ab.

Die offizielle Geringschätzung des Hochschulsystems drückt sich auch in dessen Anteil am staatlichen Bildungshaushalt aus, der erstmals seit 1965 die 20%-Marke unterschreitet (1984-19,9%). Dies zumal die durch die Einführung des postsekundären Systems von 1980 auf 1981 stark gesunkenen Universitätsmatrikel nach 1981 wieder leicht ansteigen.

Im ganzen erreicht keine der drei Finanzierungssäulen die im Gesetz vorgesehenen absoluten Werte und ihren jeweiligen Anteil innerhalb des Finanzierungssystems. Das Gesamtdefizit der drei Säulen beläuft sich im Jahre 1984 auf 6,021 Milliarden Pesos. Neben den Abweichungen der absoluten Einzel- und Gesamtbeträge verschiebt sich die innere Gewichtung der Margen eindeutig zugunsten des AFD, das heißt zur traditionellen Form der pauschalen Förderung, allerdings auf niedrigerem Niveau. Die eigentliche Innovation der AFI erreicht im Jahre 1984 gerade 23% des vorgesehenen Betrages.

Die groß angekündigte Merkantilisierung des Systems, Einführung von Konkurrenzprinzip sowie Ausrichtung nach Angebot und Nachfrage und die angestrebte Eigenfinanzierung der Lehre reduziert sich so nach den ersten drei Jahren ihrer Anwendung auf eine verwirrende und die Institutionen belastende Heterogeni-

sierung der staatlichen Hochschulfinanzierung.

Ausgelöst wurden die fundamentalen Diskrepanzen zwischen Plan (Gesetz) und Wirklichkeit zum einen durch die ökonomischen Schwierigkeiten der Regierung, zum anderen durch etliche Modifikationen ab 1982.

DER PROGRAMMIERTE MISSERFOLG: DIE REZEPTE PASSEN NICHT ZU DEN PATIENTEN.

Zu den ökonomischen Krisen und ständigen Modifikationen ergeben sich weitere Gründe für das Scheitern der Reform:

- 1) Falsche Berechnung der Auswirkungen des neuen Systems: Wenige Neugründungen privater Anbieter wegen schlechter Bedingungen; keine Entlastung der traditionellen Hochschulen durch vermeintliche Beschränkung auf privilegierte Studiengänge; geringe Annahme der neuen Institutionen durch die Studierenden (Finanzprobleme).
- 2) Verwirrung innerhalb der Einrichtungen über die Ziele und Wege der Reform durch mangelnde Partizipation der Betroffenen bei ihrer Ausarbeitung.
- 3) "Passiver Widerstand" des alten Sektors und seiner Träger wegen Zweifeln an der Qualität der neuen Institutionen und permanente Schwierigkeiten bei der Organisation/Verwaltung der Universitäten. Sowie Klagen über: das unorganische Wachstum der einzelnen Fächer durch differenzierte Bezahlung/Kosten; die externe Leitung der Hochschulen durch Militärfunktionäre und die strukturelle Benachteiligung der derivierten und privaten Universitäten.

4) Schwindender Einfluß der "chicago-boys" in der Regierung durch ökonomische Mißerfolge. Damit verlieren im Bildungsbereich die Initiatoren/Träger der strukturellen Reformen an Einfluß. Entgegengesetzte Maßnahmen können sich trotz Schaffung völliger Inkonsistenz wieder durchsetzen. Konkurrenz- und Marktprinzip verlieren durch Mißerfolge an Anziehungskraft für die Militärs.

5) Beschränkung der Chancen von Neugründungen durch: phasenweisen Stop und durch die Unmöglichkeit bei fehlenden staatlichen Zuschüssen, die Kosten durch Studiengebühren zu decken (mangelnde Aussicht auf privatwirtschaftliche Rendite). Verbot für gesellschaftliche, oppositionelle Gruppen, Neugründungen vorzunehmen.

Als Konsequenz der Reform ergibt sich entgegen ihren Zielen eine klare Dominanz des staatlich geförderten Systems und darin noch einmal der traditionellen, metropolitanen Einrichtungen innerhalb eines extrem heterogenen und zerrissenen Hochschulwesens.

Immanent ist die Verunmöglichung einer längerfristigen Planung von Projekten und Vorhaben durch die Universitäten hervorzuheben. Die herrschende Unsicherheit über die zur Verfügung stehenden Mittel und sinkende Gesamtfinanzen verlagerten die Ausgabenstruktur der Hochschulen denn auch von dringend benötigten Investitionen auf die quasi tägliche Deckung der laufenden Kosten. Die ebenfalls notwendigen Kürzungen der Gehälter nehmen der Regierung dabei allerdings das Mittel der Kooptation der Universitätsmitglieder zum Zwecke der Ausschaltung von Kritik und Widerstand gegen die inneruniversitären wie nationalen Verhältnisse.

Auch die ab 1983 ständig vorgelegten Entwürfe und eingerichteten Kommissionen zur Neuordnung des Finanzierungssystems und zur Einrichtung einer zentralen Planung der höheren Bildung bringen außer einer noch größeren Verunsicherung der Hochschulen und regelmäßigen Wechseln an der

Spitze des Ministeriums bzw. in den Rektorenämtern, keine weitreichende Konsolidierung des Systems.

Die Strukturreform der chilenischen Universitäten unter autoritären und monetaristischen Vorzeichen brachte unter dem

Strich kaum mehr als eine Ruinierung des traditionell gut entwickelten Hochschulsystems. Sie war weder im Sinne der Beteiligten noch der auf reflektierten wissenschaftlichen Fortschritt angewiesenen Gesellschaft, sie war letztendlich noch nicht einmal im Sinne ihrer Urheber erfolgreich.

Abschreckung mit den Offensivwaffen des Marktes

Eine hohe Aussagekraft über die quantitative Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems ergibt sich durch die Auswertung von Nachfrage ("postulantes") und Angebot ("vacantes"). Als entscheidende Maßgrößen gelten hier die effektive Bewerberzahl und die im ersten Studienjahr zur Verfügung gestellten Studienplätze.

Betrachtet man die Quote der Bedarfsdeckung, so ist festzustellen, daß zum Beispiel in den Jahren 1980 und 1982 eine höhere Erfüllung der Nachfrage nach Studienplätzen herrschte (54,1% bzw. 53,9%), als im gesamten Zeitraum vor 1974, sieht man einmal vom Ausnahmejahr 1971 (=65,8%) ab.

Diese zunächst nicht in Einklang mit der politischen Entwicklung scheinende Aussage bezeugt allerdings keine hochschulpolitischen Meriten der Militärregierung. Zum einen konnte der explosionsartige Anstieg der Bewerber vor 1973 bei den vorhandenen humanen und materiellen Ressourcen unmöglich befriedigt werden. Zum anderen ergibt sich die relativ hohe Deckungsquote nicht aus einer ausreichenden Bereitstellung von Studienplätzen, sondern aus dem dramatischen

Rückgang der effektiven Studienbewerber.

Verschiedene, vor allem aber ökonomisch bedingte Gründe führen dazu, daß während sich 1974 noch 97,1% der erfolgreichen Teilnehmer der Aufnahmeprüfung zum Studium bewarben, dieser Indikator für die Studienwilligkeit und -möglichkeit der chilenischen Jugendlichen im Jahre 1981 auf 53,1% zurückging. Neben dem Zwang, zum Lebensunterhalt der Familien beizutragen und der Unmöglichkeit, steigende Studiengebühren aufzubringen, zählen die Verschärfung der Bewerbungs- und Studienanforderungen und das für viele politisch abweisende Klima der Hochschulen zu den wichtigsten Ursachen für diese dramatische Abkehr vom Studium.

Die weite Kreise der Unter- und Mittelschicht erfassende ökonomische Krise des Landes und die vorgenommene Merkantilisierung der Bildungsbereiche mit ihrer Verteuerung staatlicher und der Einführung gänzlich kommerzieller Einrichtungen zählen so zu den Abschreckungsmomenten potentieller Studierender, die die Fähigkeit zum Antritt des Studiums tendenziell von der schulischen Leistung zur ökonomischen Potenz der Eltern verschoben.

Trotz dieser starken Abnahme der Bewerber, und das bleibt festzuhalten, existiert im Jahre 1984 ein nominelles Defizit von 33.334 Studienplätzen des ersten Jahres an den chilenischen Universitäten, das heißt, nicht einmal die Hälfte der stark gesunkenen Nachfrage kann befriedigt werden (47,8%).

HIGHER STUDENTS UND HELOTEN FÜR DEN ARBEITSMARKT.

In den seit 1980 strukturell bevorzugten Studiengängen findet eine wesentlich beschleunigtere und durchgreifendere Elitisierung der Studentenschaft als in den übrigen Fachbereichen statt.

Auf diese Weise schließt eine Ideologie, die gerade den ökonomischen Erfolg und die soziale Mobilität als höchste Ziele vorgibt, alle jenen aus, die nicht über die notwendigen materiellen oder kulturellen Mittel verfügen, in den Wettbewerb einzutreten.

Zu bedenken bleibt, daß die Werte der sozialen Verschiebungen weit weniger dramatisch ausfallen, als

daß man von einer völligen Ektisierung des Hochschulsystems sprechen könnte. Dennoch, der Prozeß der sozialen Öffnung und Mobilität durch Bildung, der 1967 initiiert wurde und zwischen 1970 und 1973 seinen Höhepunkt erlebte, wurde nach dem Regimewechsel gestoppt und in den folgenden Jahren leicht aber merklich umgekehrt. Die Strukturveränderungen von 1980-1981 beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung, auch wenn sie in vielen Punkten die vorgegebenen Ziele nicht erreichen konnten.

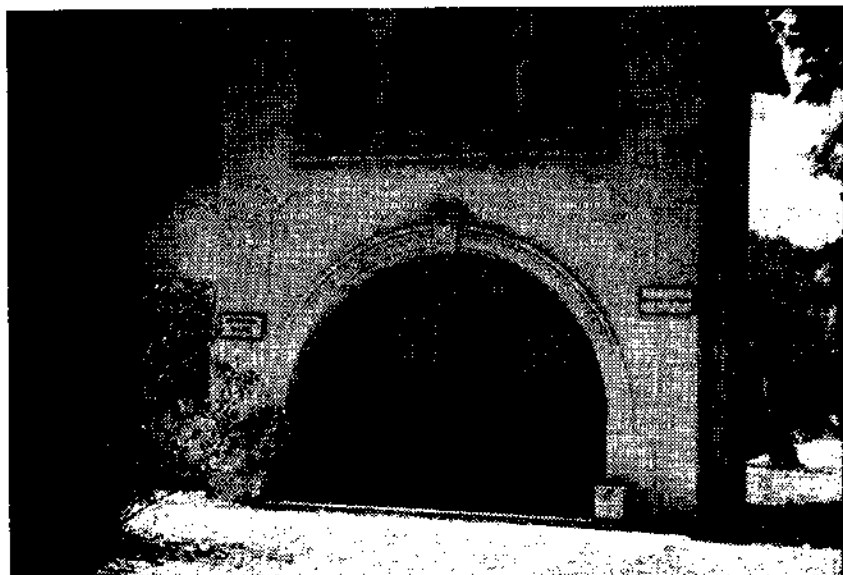
FORSCHUNG UND LEHRE: NIEDERGANG UND REDUZIERUNG AUF DAS VERWERTBARE.

Besonders betroffen von den allgemeinen Umstrukturierungen, Mittelkürzungen, hochschulpolitischen Verunsicherungen, aber auch von den ideologisch motivierten, Säuberungen und Interventionen ist der Bereich wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung.

Zwar wurde die neue Finanzierungsstruktur ab 1981 vorgeblich eingeleitet, um durch die beabsichtigte Selbstfinanzierung der Lehre Mittel für die Forschung freizusetzen, auch wurden normative Schwerpunkte in diesem Bereich gesetzt. Eine Verbesserung der in Chile traditionell schwachen universitären Forschung wurde dadurch nicht erreicht.

Auf sozial- und geisteswissenschaftlichem Gebiet zum Beispiel, verursachte die Schließung von ganzen Fachbereichen personelle und inhaltliche Säuberungen sowie die Verbannung bestimmter Methoden und Theorien durch eine rigorose Zensur einen völligen Niedergang der Disziplinen bzw. ihre Verlagerung in private, außeruniversitäre Institute unter dem Dach der Kirche oder internationaler Organisationen.

Neben der hohen Zahl von Zwangsexilierten und Emigranten, die den seit jeher aus ökonomischen



Universidad de Chile. Pädagogie-Gebäude, in dem die Studenten-Ausschließungen durchgeführt wurden

und wissenschaftlichen Gründen bestehenden "brain drain"

verstärkte, bestimmen fehlende Mittel, mangelnd koordinierte und geplante Förderung sowie eine starke Vernachlässigung der Grundlagenforschung das Bild der chilenischen Wissenschaften.

"Vielleicht gibt es in diesem Moment mehr chilenische Wissenschaftler im Ausland als im eigenen Land" (Lemaître Lavados (Hg.) 1985: 1621).

Auf naturwissenschaftlichem und technischem Gebiet äußert sich dieser allgemeine Niedergang, der nur durch individuelle, isolierte Leistungen Einzelner unterbrochen wird, in der signifikanten Verlagerung hin zu anwendungsorientierten, transferfähigen Forschungsvorhaben.

Da die beabsichtigte Mittelverschiebung des Staates von der Lehre zur Forschung in ihr Gegenteil verkehrt wurde, die Lehre also, statt sich selbst zu finanzieren, weiterhin Schwerpunkt staatlicher Förderung bleiben muß, sind die Universitäten geradezu gezwungen, ökonomisch verwertbare Forschungsergebnisse, vor allem im "leichten" Technologiebereich

zu transferieren. Ohne diese Schwächung der Grundlagenforschung wäre eine Finanzierung der Hochschulen nahezu unmöglich.

Dort, wo die traditionell schwache Verbindung von Forschung und Lehre durch die mangelnde Förderung der Grundlagenforschung fast gänzlich suspendiert wird, gerät auch die Qualität des Studiums immer mehr in Gefahr.

Als Zeichen der ökonomischen Schwierigkeiten der Studentenschaft und ihrer Eltern, aber auch der mangelnden Qualität und Effizienz universitärer Lehre im heutigen Chile kann die hohe Desertionsquote (Studienabbrecher) angesehen werden. Dieser Indikator stieg von 30% 1983 auf 50 % im Jahre 1985 an.

Hinzukommende Praxis- und Theoriedefizite bei Lehrenden und Lernenden lassen die oben erwähnten quantitativen und qualitativen Rückschritte zu einer der Ursachen für die im lateinamerikanischen Vergleich sinkende Stellung der einst renommierten chilenischen Hochschulen werden.

Plebizit: Sieg der Opposition

Am 5. Oktober 1988 fand ein Plebizit in Chile statt. Das Resultat war die größte politische Niederlage der chilenischen Diktatur in den letzten 16 Jahren.

Das offizielle Resultat:

ULTIMO COMPUTO DEL GOBIERNO (02: 15, 06/10/88) EL PAIS

		TOTAL	%
SI	Ja	2.290.972	44,34
NO	Nein	2.754.805	53,31
NULOS	Ungültig	68.108	1,32
BLANCOS	Weiß (Enthaltung)	53.292	1,03
TOTAL	Gesamt	5.167.177	100,00

Demokratisierung der Kultur und der Universitäten

Kurz vor dem Plebizit im Oktober 1988 wurde in Chile ein Dokument mit dem Titel

"CHILE, EINE HOFFNUNG"

veröffentlicht, unterzeichnet von einer großen Zahl von Vertretern der Opposition:

Juan Pablo Cardenas
Angela Jeria
Gonzalo Martner
Fernando Castillo V.
Miguel Lawner
Moy Morales de Toha
Alvaro Diaz
Fabola Letelier
Tomas Moulian
Andres Dominguez
Juan Pablo Letelier
Eduardo Novoa
Rafael A. Gumucio
Duncan Livingston
Osvaldo Puccio
Eugenia Horwitz
Luis Maira
Manuel Sanhueza
Marcia Scantlebury

Im folgenden machen wir drei Punkte aus diesem Dokument bekannt:

1. Das Überleben der demokratischen Kultur
2. Eine neue Kulturpolitik für die Demokratie
3. Der Fortschritt der Wissenschaften

DAS ÜBERLEBEN DER DEMOKRATISCHEN KULTUR

Während des längsten Abschnittes der Regierungsperiode dieses Regimes, bis zum Eintritt der achtziger Jahre, blieb die Erhaltung der demokratischen Kultur des Landes mit ihrem kritischen, aufklärerischen und Experimenten aufgeschlossenen Anspruch einer Vielzahl unterschiedlicher Gruppen vorbehalten, die als "alternativ", dem "Widerstand" oder der "Gegenkultur" angehörig bezeichnet wurden. Hunderte von lokalen Initiativen entwickelten sich ausgehend von diesen jungen Gruppen, den gewerkschaftlichen Organisationen und den Erfahrungen der gesellschaftlichen Basis, oft unter dem Schutz oder mit der Förderung der katholischen Kirche.

So erschien eine Vielzahl irregulärer Zeitungen, Flugblätter, kleinerer Zeitschriften über Kunst und Kultur und es bildeten sich Basis Künstlergruppen, alternative Kommunikationszentren, Werkstätten der Bildung und der Diskussion; unabhängige Zentren, die sich mit der Analyse der chilenischen Wirklichkeit beschäftigten; von Autoren selbstedierte Bücher; populäre Musikgruppen.

Eine eigene Welt von Initiativen, Kommunikationsmitteln und unterschiedlichen Gruppen keimte so in den Nischen der offiziellen Kultur, die sich den Kontrollen und der Zensur des Regimes entziehen konnte und mit der Stimme der Hoffnung und wahrer Information in Treue zu der demokratischen Tradition der Jugend demonstrierte, daß nicht alleine der von der Regierung vorgezeigte Weg existierte, und die die Diskussion über die Wiederherstellung der Demokratie vorantrieb. Auf diese Weise wurden - gleich einem Leuchtfeuer in der Nacht - die Botschaft und die Identität eines Chile weitergetragen, das die Sieger des 11. November für immer begraben und unter der Rhetorik einer neuen Kultur beerdigen wollten, die über die offiziellen Kanäle übermittelt und durch die einflußreichen Medien unter der Kontrolle des Staates und der Unternehmen verbreitet wurde.

Wenn es die Absicht der Militärregierung war, das Gesicht unseres Landes radikal zu ändern, die demokratischen Werte zu unterdrücken, den Willen zum Wandel auszulöschen, die Sehnsucht nach Gleichheit und Gerechtigkeit zu ersticken, die Parteien der Linken zu begraben, die katholische Kirche in zwei Kirchen zu spalten - eine der Armen und eine der Reichen -, das Land hinter einer Mauer der Zensur einzuschließen, um den Einfluß von Ideen und Menschen außerhalb auszugrenzen, das Denken gleichzuschalten, die Universitäten zu privatisieren und die fortschrittlichen Elemente des chilenischen Kulturlebens zu isolieren, dann läßt

sich sagen, daß es mit dieser Absicht gescheitert ist. Die Regierung schadete einer über Generationen gewachsenen Kultur, sie ermutigte eine neue politische Rechte, sich selbst als ideologische und intellektuelle Kraft vorzustellen; sie verfolgte Einrichtungen, die sich mit den demokratischen Traditionen des Landes identifizierten und deren Schöpfer - dies alles und noch vieles mehr.

Letztendlich jedoch - zieht man die Bilanz - konnte sie ihr Hauptziel nicht erreichen. Es war nicht möglich, das Land kulturell umzuformen und ihm eine neue Kultur aufzuzwingen gemäß der autoritären Ideologie und dem neoliberalen Modell. Die Aufgabe jetzt und für die Zukunft ist es, den politischen Rahmen abzustecken, der es ermöglicht, die demokratischen Elemente der nationalen Kultur zu stärken und den Ballast und die Einschränkungen der autoritären Periode zu überwinden.

EINE NEUE POLITISCHE KULTUR FÜR DIE DEMOKRATIE

Die Entwicklung der Kultur einer Nation muß vor allem anderen in den Händen der Zivilbevölkerung liegen, die sich über vielfältige Einrichtungen, kulturelle Institutionen und gesellschaftliche Bewegungen ausdrückt, über deren Kulturschöpfer, Kulturschaffende und das ganze Volk, indem dieses seine eigenen Formen des Lebens und der Kommunikation hervorbringt, die die Kultur aller schaffen.

Die kulturelle Entwicklung ist nicht dirigierbar; sie ist die Art und Weise, in der sich eine Gesellschaft selbst in der Geschichte hervorbringt und ihre Identität bildet, durch die sie sich erkennt und den gemeinsamen Horizont bestimmt. Weder der Staat noch die Intellektuellen, Kunstschöpfer und Kunstschaffenden allein können diese Aufgabe erfüllen.

Dem Staat obliegt es dagegen in erster Linie, die Bedingungen zu sichern, die eine kulturelle Entwicklung unter demokratischen Formen ermöglicht. Er muß den grundrechtlichen Rahmen für Kultur und kulturelle Aktivitäten abstecken und unter demokratischer Kontrolle eingreifen, wo es notwendig und richtig erscheint, die besagte kulturelle Entwicklung der Nation zu unterstützen, besonders dort, wo es die gerechtere Verteilung der Möglichkeiten des Zugangs zu den kreativen Formen der Kultur und der Beteiligung an ihr betrifft.

Der Staat soll in die Kultur eingreifen, um komplexe und flexible Strukturen für in fortschreitendem Maße erweiterte Möglichkeiten zu schaffen, die von der Gesellschaft und den Individuen genutzt werden können, Garantie geben auf das Recht der freien Äußerung, der Kritik, der Verbreitung von Ideen, freier Religionsausübung, sich nach eigenem Gutdünken organisieren zu können, um eigene kulturelle Ausdrucksformen zu realisieren und zu vermitteln, um zu erziehen und um zu lernen.

Der Staat muß außerdem die Minimalbedingungen der Beteiligung an der Kultur unserer Zeit gewährleisten, eine einheitliche und moderne Erziehung für alle, die länger ist als die bisher in unserem Lande vorgeschriebene achtjährige Schulausbildung. Er soll den Pluralismus stützen - Bedingung für die Beteiligung aller - und dort, wo es notwendig ist, Gelegenheiten des Ausgleichs und der Vielfältigkeit schaffen, wann immer durch die ökonomischen oder jedwelche anderen Bedingungen eine Gruppe die Monopolstellung in irgendeinem Bereich der Kultur erlangt.

Der Staat selbst muß sich darum kümmern, eine Entwicklung der Kultur in den Bereichen voranzutreiben, wo nur eine gesamt-nationale Anstrengung langfristige Resultate erzielen kann. Zum Beispiel auf dem Gebiet der Wissenschaft und der

Technologie, in dem nur der Staat - wie es nach heutiger Erfahrung sogar das Beispiel der kapitalistisch entwickelten Länder belegt - die kollektiven Anstrengungen vereinen kann, was dem Land erlaubt, den Anschluß an die aktuelle Phase des Fortschritts des Wissens und seiner Anwendung an die aktuelle Phase des Fortschritts des Wissens und seiner Anwendung zu finden, zumindest in einigen speziellen Bereichen, in die das Land investieren muß, um Fachkräfte auszubilden und entschieden voranzuschreiten.

Zuletzt muß der Staat - über seine gesetzgeberischen Mittel und öffentlichen Einrichtungen (die notwendigerweise nicht zentralistisch sein und dem staatseigenen Verwaltungsapparat angehören dürfen) - durch entsprechende Kontrollnormen diejenigen kulturellen Einrichtungen, wie z.B. das Fernsehen, die durch ihre Kapitalkonzentration, ihre technologische Komplexität und ihren Einfluß auf die Massen unausbleiblich im Besitz einer relativ exklusiven Gruppe bleiben werden, der nichtsdestoweniger die Möglichkeit der Beeinflussung der Gesellschaft in ihrer Totalität hat, kontrollieren.

Die Kulturpolitik steht somit im wesentlichen den Einrichtungen der zivilen Gesellschaft zu, und des Staates, wenn das allgemeine Interesse der Gesellschaft in Frage steht, besonders wo es sich um die Erweiterung der Möglichkeiten für Kultur und der Beteiligung an ihr handelt.

DIE ENTWICKLUNG DER WISSENSCHAFTEN

Die Universitäten sollten der Allgemeinheit übergeben worden. Durch eine offene und flexible Gesetzgebung sollte sie eigene Formen der Selbstverwaltung bestimmen. Es könnten mehr oder weniger weitgefaßte Regelungen der Beteiligung am Wahlprozeß der

Verwaltung angenommen werden und der Integration der universitären Körperschaften, die Einfluß auf die Bestimmung der Universitätspolitik haben sollten; in jedem Falle aber unter Beteiligung der Gewerkschaften.

Außerdem wäre es interessant, unter Beibehaltung der gegenwärtigen Form der Universitätsverwaltung oder einer anderen Organisationsform, mit der Erfahrung repräsentativer Personen des ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereichs in irgendeiner höheren universitären Leitungsinstanz rechnen zu können, und sie so der nationalen Gemeinschaft anzunähern.

Die vom Staat für die universitäre Bildung bestimmten Mittel, sei es für die Lehre, die Forschung, die Erweiterung oder jedwelche andere universitäre Aktivität, sollte von öffentlichen Kreditanstalten verbürgt sein und in einigen Fällen, wie dem der Forschung, von Stellen vergeben werden, die die Relevanz der Arbeiten für die nationale Entwicklung gewährleistet.

Das System der universitären Bildung mit seinen verschiedenen



Verhaftete Aktivisten der Studentenbewegung verlassen das Gefängnis

Ebenen und seiner Vielgestaltigkeit, sollte von der öffentlichen Politik reguliert werden, um zu sichern, daß es dem nationalen Interesse in angemessener Weise entspricht.

Man braucht, eher als großspurige "Planziele" zu definieren, andauernde Aktivitäten, die zu einem Gutteil aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren wären, um pekuniär gut ausgestattete universitäre Forschungsgruppen in den Schwerpunkten zu bilden, in die Chile sein Wachstum legen

kann und legen muß durch die Handhabung von Wissen und Hochtechnologien; außerdem in den strategischen Bereichen der sozialen Entwicklung, wie der Gesundheitsfürsorge, der Erziehung und der Wohnungspolitik. Ein wesentlicher Teil dieser Forschung muß sich innerhalb der Universitäten entfalten; aber es müssen auch in anderen Bereichen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, die gleichermaßen den privaten wie auch den öffentlichen Sektor mit einbeziehen.

Chilenische Studenten-Delegation besuchte die BRD

Anfang Mai 1989 besuchte eine Delegation der CONFECH (Chilenischer Studentenrat) die BRD und führte zusammen mit dem WUS ein umfangreiches Programm durch.

Es fanden Gespräche mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, mit DAAD, VDS, GEW, Amnesty International, mit Bundestagsabgeordneten und anderen Organisationen statt.

Den CONFECH haben folgende Personen vertreten:

Andres Lastra --- Vorsitzender
Marco Fuentes --- Generalsekretär
Franklin Santibanez --- Referent für Internationale Zusammenarbeit und stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Studentenbundes (ISB)

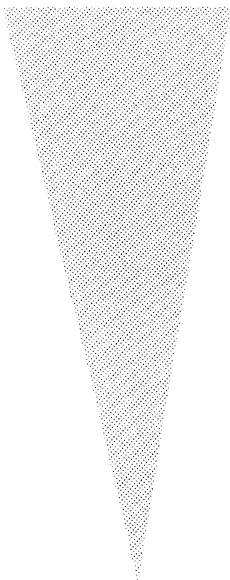
Die vom WUS in einem Interview an die Delegation gestellten Fragen wurden von den drei Vertretern gemeinsam folgendermaßen beantwortet:

Frage: Was ist der augenblickliche Stand der Studentenbewegung in Chile?

Welche Gruppierungen existieren, wie ist die Bündnisdiskussion, wo sind Mehrheits- und Minderheitspositionen in der demokratischen Bewegung auszumachen?

CONFECH: Gegenwärtig existiert eine einzige gemeinsame, repräsentative und demokratische Organisation der chilenischen Studentenschaft, die aus 26 Fachbereichen staatlicher Universitäten und 130.000 Studenten besteht.

Die aktuelle Position des CONFECH ist es, die Rechte der Universitäten zu schützen, sie materiell im Kampf um die



Erwirkung und Erhaltung einer universitären Autonomie zu unterstützen und der Universitätsleitung in Kampf um die Lehrfreiheit und eine angemessene Finanzierung den Rücken zu stärken.

Zur Zeit sind alle politischen Vereinigungen der Rechten, der Mitte und der Linken in der CONFECH organisiert. Die beteiligten Vereinigungen sind:

1. Christdemokraten
2. Kommunistische Jugend
3. Sozialistische Jugend (Almeyda)
4. Partei für die Demokratie
5. Partei für nationale Erneuerung

Der CONFECH geht bei seiner Tätigkeit vom Konsensprinzip aus. Dies fällt nicht schwer, denn es gibt keine gewaltige Mehrheit der Opposition gegen die Militärregierung.

Frage: Welchen Einfluß hat die Geschichte der Unterdrückung unter der Junta auf die Studentenbewegung?

Wie sind Studentenbewegungen in den letzten Jahren zu beschreiben?

CONFECH: Die militärische Intervention an den Universitäten im Jahre 1973 stoppte den Reformprozeß. Zu dieser Zeit stärkte die Demokratisierung der Lehrinrichtungen die kritischen Meinungs- und Bewußtseinsbildung an den Hochschulen.

Diese Entwicklung wurde unterbrochen.

Es formierte sich ein Militärrektorat, welches das Studium in sozialen Fachbereichen, wie Soziologie, Anthropologie, Politikwissenschaften und Sozialarbeit etc., behinderte und den Lehrstoff zensierte.

Die Studentenschaft, die sich zwangsläufig politisierte, stand unter dem Druck der Zensur, der Drohung der Exmatrikulation bis hin zur Kriminalisierung, Verhaftung und Ermordung. Letztlich wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Studentenvereinigungen verhindert und deren Auflösung veranstaltet.

1981 trat ein neues Universitätsgesetz in Kraft. Eine neue allgemeine Konzeption der Universität und eine neue Finanzierungspolitik wurden eingeführt. Dies bedeutete für die wichtigsten Universitäten eine Dezentralisierung und Umstrukturierung; also ein neues Konzept, eine neue Planung und Führung durch das Militär. Diese Entwicklung wurde überregional zu einem neoliberalen Phänomen. Eine neue Denkweise sollte entstehen, die die Selbstfinanzierung und Eigenkompetenz im Wettbewerb ins Zentrum stellte.

Der Zwang und die Repressionen an den Universitäten bedeutete auch einen Niedergang in den akademischen Bereichen. Was sowohl den Intellektuellen Bereich betraf als auch den wissenschaftlichen oder technischen Austausch verhinderte.

In der Studentenschaft existierte eine moralische Krise, hauptsächlich bei den progressiven Kräften und bei den Repräsentanten da es während der letzten 15 Jahren keine Reaktion auf die permanente Verletzung der Menschenrechte gab.

Der CONFECH fordert Gerechtigkeit für:

Mario Martínez
Patricio Manzano
Oscar Fuentes
Carmen Gloria Quintana
und viele andere, die der Repression zum Opfer gefallen sind.

Frage: Wie kann man grob die Phasen studentischer Reaktionen auf die Militärregierung beschreiben?

Gibt es eine kontinuierliche und anwachsende demokratische Bewegung oder, wenn nein, wo waren die Brüche, die es zu überwinden galt?

CONFECH: Die Entwicklung demokratischer Bewegungen an den Universitäten:

a) Die Repression und die direkte Unterwanderung der Hochschulen ging von September 1973 bis 1978. Charakteristisch für diese Zeit ist die Unterdrückung der politischen Meinungsbildung und -äußerung, auch über ein neues Universitätsmodell mit neuer Leitungsform und neuen Strukturen.

In dieser Zeit wurden Studentenführer festgenommen, bedroht und des Landes verwiesen; sie verschwand oder wurden ermordet.

Es entstand eine große Solidarität, auch im Ausland, die jedoch wenig Einfluß ausüben konnte. Mit der demokratischen Studentenvereinigung manifestierte man neue Bedingungen für eine neue, von den Militärs unabhängige Studentenvertretung.

b) Sie riefen ihre Unabhängigkeit aus und erstellten ein neues Programm, das von der Mehrheit positiv verabschiedet wurde. Der Einfluß dieser Bewegung war so groß,



Gemeinsame Demonstration von Studenten und Mapuche-Indianern in Temuco

daß sie aus Parteien der Linken wie auch der Rechten zulauf hatte.

In dieser Vereinigung, in welcher die Linke die Mehrheit bildete, existierten demokratische, repräsentative und pluralistische Gedanken und Strukturen.

Sie veranstalteten den ersten nationalen Kongreß der Studenten, der in Valparaiso stattfand, und voraus der CONFECH hervorging als eine "Vereinte nationale Studentenpartei in Chile".

Von 1984 - 1988:

- Verteidigung der Universitäten
- Autonomie für die Universitäten
- Demokratie für Chile

Die erste Periode war geprägt durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen der universitären Gemeinschaft innerhalb und außerhalb der Universität.

Es wurde beschlossen, mit anderen demokratischen Organisationen die Diktatur zu beenden. Dies bedeutete eine interne wie auch externe Diskussion zwischen Studenten, Lehrkörper und außeruniversitären Gruppen mit dem Zweck, sie für eine einheitliche Zielsetzung zu mobilisieren.

Dies war die Zeit der Protest.

CONFECH verbreitete und beteiligte sich an der Kampagne für das "NO" und feierte nach dem Plebiszit den enormen Triumph für die Demokratie mit.

Frage: Wie ist in den Jahren der Diktatur das Verhältnis von inneruniversitären zu gesamtgesellschaftlichen Themen in der Studentenbewegung gewesen? Gab es überhaupt eine von der allgemeinen Lage zu trennende Bearbeitung von "rein" hochschulpolitischen Themen, oder dient die Hochschule vor allen als Beispiel für die Unterdrückung durch die Militärs?

CONFECH: Die Universitäten in Chile verstehen sich nicht als eine außerhalb des sozialen Kontext stehende Gruppierung, sondern als eine im Dienste der

Gesellschaft stehende, mit einer hohen Verantwortung ihr gegenüber.

Weil die auszubildenden Akademiker in die Verantwortung für die Zukunft eingebunden sind, gab es nie eine Zurückhaltung, sich an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu beteiligen. In fast allen Bereichen verselbständigte sich die Bereitschaft zu umfassender Auseinandersetzung mit dieser Problematik. Die gesellschaftliche Einwirkung wurde zu einer Pflicht für die chilenische Hochschulbewegung.

Frage: Gab es und gibt es inhaltliche Gegenkonzepte zu den "Hochschulreformen" von rechts, also zum Beispiel Privatisierung, Funktionalisierung, ideologische Gängelung, Selbstfinanzierung und Marktorientierung, etc.?

CONFECH: Die größten Kämpfe führten die Studentenbewegungen gegen die technokratischen Tendenzen und die Privatisierung der Universitäten. Diese Tendenzen wurden von der rechten unterstützt, die hauptsächlich aus einer Vielzahl von mittelständischen, Pinochet-

freundlichen Firmenbesitzern bestand.

Viele Studenten befanden sich in Widerstand gegen diese Entwicklung und kamen ins Gefängnis.

In vielen Beschlüssen und Abstimmungen in fast allen Universitäten Chiles befestigte sich bei über 80 % der Studentenschaft eine gegenteilige Meinung zu der Politik der Militärregierung. Man wollte die Beendigung der starken Unterdrückung durch Pinochet durchsetzen.

Es war ein kritisches Bewußtsein geschaffen worden. Deshalb wurden die Universitäten in den letzten 15 Jahren zur eigentlichen Gegenbewegung und zu einer der Hauptakteure in der Opposition zu Pinochet.

Die reformerischen Prozesse, die am 11. September 1973 unterbrochen wurden, sollten wieder aufgenommen werden.

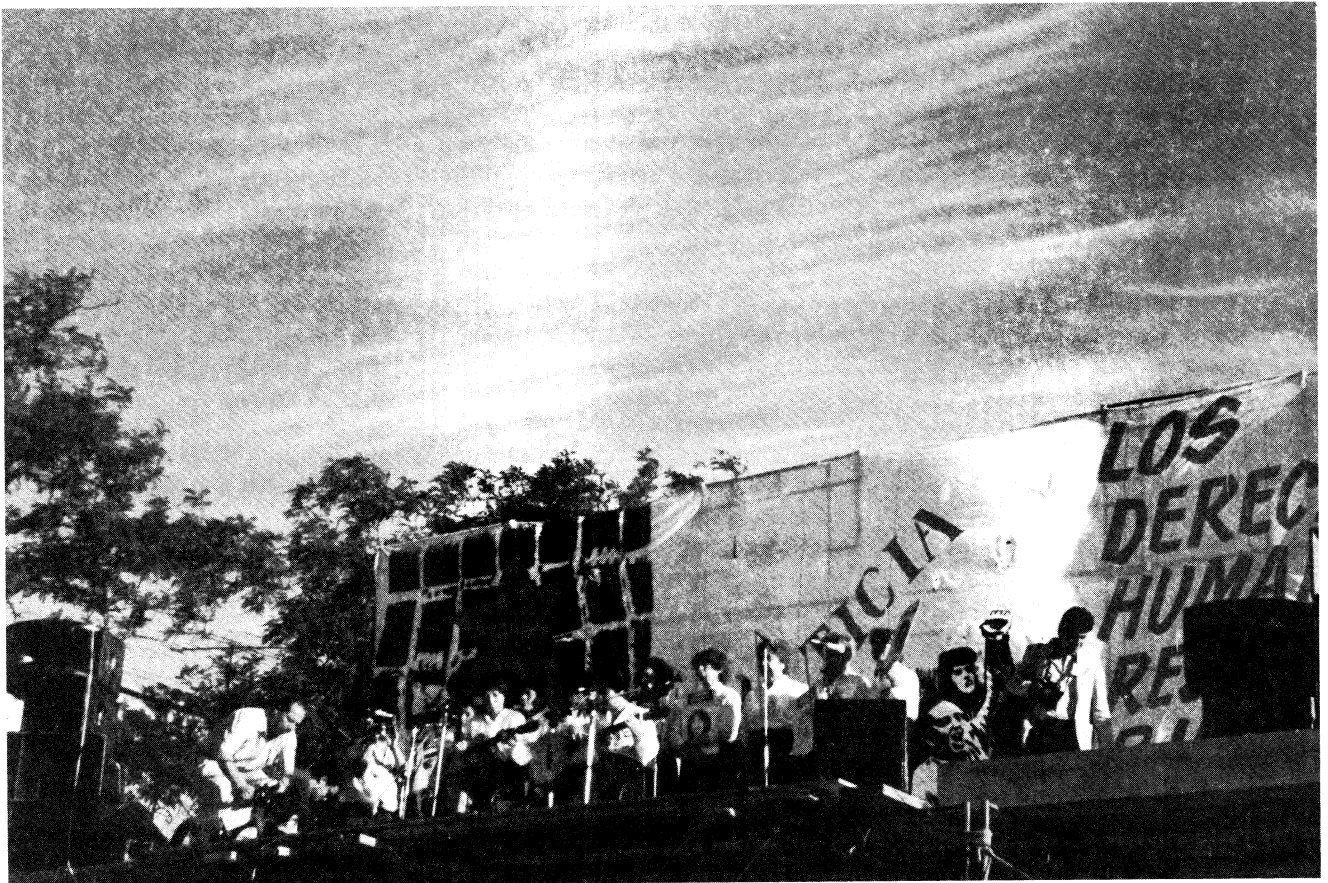
Frage: Wie ist das Verhältnis von StudentInnen Bewegungen zu den politischen Parteien und Organisationen der Opposition? Orientieren sich die Gruppen an den bestehenden Parteien oder liegen sie zum Teil quer dazu?

CONFECH: Die enge Verknüpfung zwischen der Studentenbewegung und den nationalen Parteien wurde als legitime, positive und offensive Kooperation aufgenommen und als wichtige politische Auseinandersetzung begriffen. Die gesamte studentische Vertreterschaft hat eine politische Zielsetzung und kämpfte an der Seite der nationalen Kräfte.

Frage: Was sind die Perspektiven des CONFECH und der StudentInnenbewegung insgesamt für den Demokratisierungsprozeß? Besteht ein Vertrauen in die Möglichkeit des "legalen" Übergangs zur Demokratie, wird dieser eher abgelehnt und was sind die Maßnahmen, die CONFECH u.a. zur Stärkung des demokratischen Prozesses unternehmen wollen?

CONFECH: Die CONFECH glaubt, daß heute eine reale Möglichkeit besteht, die Ära Pinochet zu beenden. Der 14. Dezember 1989 wird zeigen, ob

- a) die Opposition einen gemeinsamen Kandidaten aufstellt;
- b) die Opposition ein Programm erstellt, das sich an den Unruhen in Chile orientiert und auf die existenziellen Bedürfnisse eingeht;
- c) die Opposition fähig ist, ihre Inhalte im großen Konsens durchzusetzen;
- d) die Wahrheit in den Fragen der Menschenrechte aufgedeckt wird, um die Urheber im Rahmen der Justiz zur Verantwortung zu ziehen.



Studentendemonstration für die Menschenrecht

Frage: Wie sieht das Chile und wie sehen die chilenischen Universitäten des Jahres 1991 aus? Eine subjektive Prognose aus Eurer Sicht.

CONFECH: Mit einer demokratischen Regierung werden die Studenten für die feste Verankerung der Demokratie eintreten und weiter für eine neue Bildungspolitik im Interesse Chiles kämpfen.

Universitäten 1991

Die Zukunft der Universitäten wird abhängig sein von ihrer politischen Rolle in der chilenischen Gesellschaft: ökonomisch wie auch sozial.

Gibt es keinen Wechsel und keine Neuorientierung an den in der Hochschulen und in der Bildungspolitik, so werden die politischen Vertretungen und CONFECH ihre Mobilisierung weiterführen.

Der CONFECH sowie alle anderen politischen Vertretungen brauchen als Voraussetzung eine demokratische Regierung, um durch eine neue Bildungspolitik für die Fertigung der Demokratie ihre Stärkung sowie ihre Stabilisierung arbeiten zu können.

CHILENISCHE HOCHSCHULEN

Universidad de Tarapacá (Arica)
Universidad Arturo Prat (Arica)
Universidad Norte (Iquique)
Universidad Antofagasta (Antofagasta)
Universidad Atacama (Copiapo)
Universidad Serena (La Serena)
Universidad Católica (Valparaíso)
Universidad de Valparaíso (Valparaíso)
Universidad Federico Santa María (Valparaíso)
Universidad Playa Ancha (Valparaíso)
Universidad Santiago de Chile (UTE) (Santiago)
Universidad de Chile (Santiago)
Universidad Católica de Chile (Santiago)
Universidad Talca (Talca)
Universidad Católica de Talca (Talca)
Instituto Profesional de Chillán-Iproch (Chillán)
Universidad del Bío-Bío (Concepción)
Universidad de Concepción (Concepción)
Universidad Católica de Falcahuano (Concepción)
Universidad Federico Santa María sede Rey Balduino (Concepción)
Universidad La Frontera de Temuco (Temuco)
Universidad Católica de Temuco (Temuco)
Instituto Profesional de Osorno-Ipo (Osorno Ipo)
Universidad Austral de Valdivia (Valdivia)
Instituto Profesional Valdivia (Valdivia)
Universidad de Magallanes (Punta Arenas)

World University Service Deutsches Komitee e.V.

WUS gibt es heute in über 50 Ländern der Erde als konfessionell und parteipolitisch nicht gebundene internationale Organisation.

Der WUS arbeitet im Bildungsbereich und besteht aus Angehörigen und Absolventen der Hochschulen. Ausgehend vom gesellschaftlichen Auftrag der Hochschule setzen wir uns für gerechtere soziale und politische Strukturen – insbesondere im Interesse der Länder der Dritten Welt – ein.

Was will der WUS?

Als internationale Organisation von Hochschulangehörigen ist der WUS folgenden Zielen verpflichtet:

- Er wendet sich gegen jede Form der Beeinträchtigung der Freiheit in Studium, Lehre und Forschung.
- Er fördert das Engagement der Hochschulen bei der Lösung der Probleme ihrer Gesellschaft.
- Er wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung, Ausbeutung und Ungerechtigkeit, insbesondere im Bereich der Bildung.

WUS ermutigt die Bildungsinstitutionen, in Solidarität auf eine uneingeschränkte Beteiligung aller, an den Entscheidungsprozessen mitzuarbeiten. Nur so wird eine auf den Bedürfnissen und kulturellen Eigenschaften der Bevölkerung aufbauende soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung möglich.

Was macht WUS?

Diese Ziele versucht WUS vorrangig in drei Aufgabenbereichen zu verwirklichen:

- Durch ein **Programm gegen Diskriminierung** (Stipendien für Schüler und Studierende im südlichen Afrika, Stipendien für studierende Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika und aus Lateinamerika; Förderung von Frauenprogrammen).
- Durch »**Social action and community development**«-Programme, die in der Regel in Zusammenarbeit mit Hochschulangehörigen durchgeführt werden (Alphabetisierungskampagnen, Dorfentwicklungs-, Arbeiterbildungs- und Gesundheitsprogramme).
- Durch ein **Solidaritäts- und Kooperationsprogramm** von und für verfolgte Wissenschaftler (innen) sowie in einem Programm zum Schutz von Bildungseinrichtungen vor staatlicher und halbstaatlicher Repression (Academic Freedom Charter).

Darüberhinaus fordert der WUS durch Öffentlichkeitsarbeit und praktizierte Solidarität zur Verwirklichung und Einhaltung der demokratischen Grundrechte auf.

Wie arbeitet WUS?

1. Das deutsche Komitee des WUS arbeitet im Rahmen des internationalen WUS an der **Gestaltung und Verwirklichung des internationalen Aktionsprogramms** durch Spendenaktionen und Finanzierung von Projekten (Fundraising) mit.

2. Auf dem Gebiet des **Ausländerstudiums** leistet das deutsche Komitee des WUS koordinierende Arbeit und verschafft den ausländischen Studierenden gegenüber Behörden und Institutionen Geltung. Es bemüht sich, durch partnerschaftliche **Zusammenarbeit mit Ausländervereinen und -verbänden, mit Studentenvertretungen und Studentengemeinden, Initiativgruppen und Aktionskomitees** die Lage der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik zu verbessern.

Dabei geht es insbesondere um

- sprachliche und soziale Orientierungshilfen
- den Abbau von Diskriminierungen, die durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften und deren Anwendung entstehen
- die Verwertbarkeit der Ausbildung für die Berufswirklichkeit in den Herkunftsländern und Probleme der Reintegration.

Zum Beispiel: Chile

Im Rahmen der Chile-Arbeit unterstützt WUS seit über 30 Jahren Bildungseinrichtungen in Chile und fördert die Arbeit von Menschenrechtseinrichtungen. Seit 1973 wurden tausende von Chilenen im Exil von WUS mit Stipendien gefördert, um ihre Ausbildungen und Studien abzuschließen bzw. durchzuführen. Seit über zwölf Jahren fördert WUS die Rückkehrarbeit von chilenischen Exilanten nach Chile und die Existenzgründung von Exilanten in Chile. Die Herausgabe dieses Informationsheftes steht in der Tradition dieser Aktivitäten. Neben diesen praktischen Hilfen gehört auch die aufklärerische Informationsarbeit hierzulande, bisher u.a. durch:

- Seminare über die Lage in Chile
- Seminare für chilenische RückkehrerInnen
- Herausgabe eines Handbuchs für RückkehrerInnen
- Förderung von chilenischen Studierenden und Exilwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen an bundesdeutschen Hochschulen.

Wenn Sie am Bezug unserer Materialien interessiert sind oder die Arbeit von WUS in Chile unterstützen möchten, sollten sie sich bei uns melden:

World University Service

Deutsches Komitee e.V.

Goebenstraße 35

6200 Wiesbaden

Telefon (0 61 21) 44 66 48

Spendenkonto: 7 232 100

Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

Herausgeber: World University Service,

Deutsches Komitee e.V.

Goebenstraße 35, 6200 Wiesbaden

Autoren: Manquel Tejeda, Mathias Güldner

Redaktionelle Bearbeitung: Silvia Espinoza

Fotos: Alfons Federspiel und WUS